: antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 27.1.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Deutschlandpakt“: NPD und DVU besiegeln Reißverschlussverfahren

Die extrem rechte DVU wird nicht an den Bundestagswahlen 2006 teilnehmen. Sie verzichtet zugunsten der neofaschistischen NPD. Ursprünglich war eine gemeinsame Liste beider Parteien zur Bundestagswahl 2006 angestrebt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hatte in einem Gutachten allerdings festgestellt: „Mehrparteiige Listenverbindungen sind nach dem Bundeswahlgesetz (BWG) ausgeschlossen“. Und bereits 1990 beurteilte das Bundesverfassungsgericht eine Verbindung der beiden Landeslisten „Bündnis 90“ mit der westdeutschen Partei der „Grünen“ als verfassungswidrig.

Auf dem DVU-Bundesparteitag am vergangenen Wochenende in München besiegelten die Vorsitzenden Udo Voigt (NPD) und Gerhard Frey (DVU) einen sogenannten „Deutschland-Pakt“. „Wir werden Wahlkämpfe liefern, wo Ihnen Hören und Sehen vergeht“, drohte Voigt an. Dem „Pakt“ zufolge verzichtet die DVU zugunsten der NPD auf eine Kandidatur bei der Bundestagswahl 2006. Als Gegenleistung hat der Wahlverein des Herrn Frey aus München bei der Europawahl 2009 den Vortritt. „Kandidaten der jeweils anderen Partei werden auf der Liste der dann kandidierenden Partei berücksichtigt“, so Bernd Dröse gegenüber der Jungen Welt. Der Pressesprecher der DVU widerspricht dem Bericht des Berliner Tagesspiegel vom Samstag, wonach es „einen Kandidatenmix auf einem Stimmzettel“ nicht geben werde. Nach Ansicht der DVU-Parteizentrale sei es „unbestritten zulässig“, dass auf der Liste einer Partei auch Mitglieder einer anderen Partei kandidieren und auch die jeweilige Zusatzbezeichnung „NPD/DVU“ bzw. „DVU/NPD“ werde man durchsetzen. *kun* ■

Wortlaut des sog. „Deutschlandpakts“ siehe Seite 2

Inhalt:

Neue Provokation von Jean-Marie Le Pen 6
Erinnerung kann man nicht verbieten 10
Pro Asyl: 2004 – schlimmes Jahr für Flüchtlinge 12





NPD-Organ „Deutsche Stimme“ lädt zum „freiheitlichen Kongress ein“

Ihren 3. Freiheitlichen Kongress will die NPD in der Zeit vom 18. – 20. März durchführen. Wie üblich wird als Veranstaltungsort nur vage „in Mitteldeutschland“ angegeben. Es sprechen jedoch einige Indizien dafür, dass der tatsächliche Ort wie in den Vorjahren im Landkreis Delitzsch liegt. 2003 und 2004 fand die Veranstaltung jeweils in einem Hotel in Wiedemar statt.

Die Liste der vorgesehenen Referenten widerspiegelt die gegenüber der Vergangenheit stark gestiegene Bedeutung der NPD innerhalb der extremen Rechten. Zwar sind mit den NPD-Abgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel sowie dem wissenschaftlichen Berater Karl Richter gleich drei Personen aus der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag vertreten, doch sollen die anderen Vortragenden vor allem nach außen die Bündnisfähigkeit der NPD repräsentieren.

Dafür steht an erster Stelle der ehemalige REP-Parteivorsitzende Franz Schönhuber, der seit Jahresbeginn die NPD als medien- und europapolitischer Berater unterstützt und ab der Januar-Ausgabe des NPD-Organs dort eine regelmäßige Kolumne hat. Schönhubers Vortrag „Von Germanien über Deutschland nach Europa“ ist bereits ein Hinweis auf den künftigen europapolitischen Kurs der NPD, der über die Linie des bisherigen „Europas der Vaterländer“ hinausweist. Schönhuber orientiert sich eher an dem französischen faschistischen Literaten Pierre Drieu La Rochelle.

Auch Harald Neubauer kommt von den REPs, allerdings war er zuletzt der innerparteiliche Hauptgegner von Schönhuber. Heute finden sich beide in Freundschaft mit der NPD wieder. Er war 1989 für die REPs in das Europaparlament gewählt worden und ist heute einer der Herausgeber der wichtigen rechten Monatszeitschrift „Nation + Europa“. Karl Richter, der heutige starke Mann im Beraterstab der sächsischen NPD-Landtagsfraktion war schon damals sein Intimus und ist heute Redakteur des von Neubauer herausgegebenen Blattes.

Mit Bernd Dröse wird ein „Fahnenflüchtiger“ sprechen. Er war früher führender Funktionär der NPD und wechselte in der Phase ihrer Erfolglosigkeit zur Konkurrenz von der DVU, deren Pressesprecher er seit Jahren ist. Seine Spezialität ist die angebliche „Überfremdung“ Deutschlands. Er wird zum Thema „Türkenmond über Deutschland“ sprechen.

Neben dem des Historikers Jürgen Gansel, der als Thema „Der Befreiungslüge trotzen – Deutschlands Unterwerfung und Wiederauferstehung“ gewählt hat, sind zwei weitere revisionistische Vorträge geplant: Dr. Walter Post, früher an der Universität München tätig, will über den „Bombenholocaust von Dresden“ sprechen. Gemeint ist der Angriff im Februar 1945, dessen Opferzahlen von den Rechten aller Schattierungen schamlos hochgelogen werden. Dr. Olaf Rose strickt weiter am Mythos vom ehemaligen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß als „Friedensflieger“.

Der Reigen der Sprecher wird vervollständigt durch den niedersächsischen Rechtsanwalt Klaus Kunze, auch er ein ehemaliger Funktionär der REPs, und nicht zuletzt durch Nick Griffin, den Vorsitzenden der neofaschistischen British National Party.

Dafür, dass die Teilnehmendenzahlen nicht unter die der Vorjahre rutschen (ca. 200), soll auch das „Kultur“programm sorgen, dass durch die rechten Liedermacher Frank Rennicke, Annett Moeck und Jörg Hähnel gestaltet werden soll. Allerdings wären spätestens deren Auftritte der geeignete Anlass für ein Verbot der Veranstaltung. Bereits die Drohung mit ihrem Gesang erfüllt den Tatbestand der Vorbereitung zur schweren Körperverletzung.

Jean Cremet ■

Drohbriefe verschickt

BELGIEN/BRÜSSEL. Immer öfter erhalten ausländische Unternehmer in Belgien rassistische Drohbriefe. Derzeit ermittelt die belgische Polizei in mehreren Fällen, in denen Inhaber von Gastronomiebetrieben in derartigen Briefen zum Verlassen des Landes aufgefordert werden. Die Drohbriefe richteten sich an ausländische Unternehmer in mehreren Städten im Norden Flanderns. *hma* ■

NPD-Funktionär eingeladen

BOCHUM. Die „Staatspolitische Gesellschaft für Deutschland und Europa e.V." in Bochum hat den Wattenscheider NPD-Bezirksvertreter Claus Cremer, zugleich stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, zu einem Vortrag eingeladen. Cremer sollte die Mitglieder des Vereins, dem Angehörige von Soldatenverbänden, Mitglieder der ehemaligen „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG) der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS, Vertreter von Revanchistenverbänden und Einzelpersonen angehören, über die Lage der „nationalen Opposition" informieren. In der Wattenscheider Bezirksvertretung glänzt Cremer zur Zeit mit Populismus. Erst kürzlich hatte der NPD-Funktionär dort in einem Antrag gefordert, dass die Bezirksvertreter den Bürgern mit gutem Beispiel vorangehen sollten und einen Teil ihrer Bezüge den Opfern der Flutkatastrophe in Asien spenden sollten. *hma* ■

Schüsse auf grünen Nachwuchs

RÜDERSDORF. „Unbekannte" haben in der Nacht zum 16. Januar auf ein Haus in Rüdersdorf geschossen, in dem gerade eine Tagung der „Grünen Jugend" Brandenburg stattfand. Aus Luftdruckgewehren wurden mehr als 100 Diabolos auf das Gebäude abgefeuert und zahlreiche Scheiben beschädigt. Projektile drangen auch in die Wände des Tagungsraumes ein, in dem sich zu diesem Zeitpunkt 14 junge Leute befanden. Diese hatten sich noch rechtzeitig in andere Räume flüchten können, so dass es keine Verletzten gab. Die alarmierte Polizei des Schutzbereiches Märkisch-Oderland tauchte erst nach 25 Minuten am Tatort auf und ermittelte zunächst nur wegen des Verdachts der Sachbeschädigung. Erst später wurden die Ermittlungen auch auf den Verdacht der versuchten Körperverletzung ausgeweitet. Bislang wurde von der Polizei nicht bestätigt, ob die Ermittlungen auch auf den örtlichen Schützenverein ausgeweitet werden, der über eine Jugendgruppe verfügt. *hma* ■

Konzert aufgelöst

VERDEN. Von der Polizei aufgelöst wurde am 15. Januar eine Veranstaltung der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" im Landkreis Verden. Etwa 200 Neofaschisten hatten sich im Oytener Schützenhaus eingefunden, um den „nationalen Liedermacher" Frank Rennicke zu hören. Der im Jahr 2002 wegen achtfacher „Volksverhetzung" und Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu 17 Monaten Haft auf Bewährung verurteilte Rennicke war in den zwei Tagen zuvor bereits ein halbes Dutzend mal für die sich im Wahlkampf befindende Schleswig-Holsteinische NPD aufgetreten.

Als Rennicke in Oyten singen wollte, beendete ein Großaufgebot der Polizei die Veranstaltung. Nun wollen die niedersächsische NPD und die sogenannten „Freien Nationalisten" am 2. April in Verden gegen die ihrer Meinung nach „totalitären Auswüchse in der Aller-Stadt" demonstrieren. *hma* ■

Fackelzug abgesagt

WEINHEIM. Ein für den 19.Januar geplanter Fackelzug der NPD durch Weinheim aus Anlass des Jahrestages der Reichsgründung im Jahre 1871 wurde von den Veranstaltern kurzfristig abgesagt. Der Grund dürfte eine angekündigte Demonstration von Gewerkschaften, Schülervertretungen, Parteien, Jugendverbänden und Antifa sein, die auch nach der Absage der NPD durchgeführt werden soll. *hma* ■

Verherrlichung von Rudolf Heß soll unter Strafe gestellt werden

BERLIN. Bundestagsabgeordnete von SPD, Union und Grünen wollen die Verherrlichung hoher Repräsentanten des NS-Regimes unter Strafe stellen. Im Innenausschuss herrschte am Mittwoch Einigkeit, das Strafgesetzbuch müsse entsprechend ergänzt werden. Bislang ist nur das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, zum Beispiel SS-Runen, als Straftat definiert. Die Abgeordneten wollen erreichen, dass rechtsextreme Aufmärsche wie die zum „Gedenken" an Rudolf Heß verboten werden können. In der fränkischen Kleinstadt Wunsiedel, in der Heß begraben ist, treffen sich jährlich tausende Neonazis, um ihrem Idol zu huldigen. Für die Gesetzesänderung warb im Innenausschuss vor allem der Landrat des Wunsiedel-Kreises, Peter Seißer.

Der Tagesspiegel, 20.1.2005 ■

Republikaner spalten sich weiter

Die rechtsextremen Republikaner wollen am 22. Mai für den nordrhein-westfälischen Landtag kandidieren. Ein Verzicht auf die Landtagswahl zugunsten der NPD sei mit ihnen nicht machbar, heißt es. Auch eine Unterstützung der von NPD, DVU und freien Kameradschaften propagierten so genannten „Volksfront von rechts" wird abgelehnt. Man wolle

DEUTSCHLAND-PAKT von DVU und NPD

Präambel:
Angesichts der historischen Verantwortung vor dem gesamten deutschen Volk beschließen die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) und die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) den Deutschland-Pakt. NPD und DVU bleiben eigenständige Parteien gemäß ihren Satzungen und Programmen. Durch die Kooperation der zwei in Landtagen vertretenen nationalen Parteien in Deutschland sollen die Kräfte gebündelt und eine möglichst große Wählerzustimmung aller Deutschen erreicht werden, die noch Deutsche sein wollen. Der Bruderkampf ist eingestellt; es wird nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten.
Der Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU sieht insbesondere vor:

1. DVU und NPD treten bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander an. Diese Vereinbarung gilt für fünf Jahre bis 31.12.2009. Die Vorsitzenden beider Parteien werden im Jahr 2009 über eine Fortschreibung der Vereinbarung um weitere fünf Jahre verhandeln.
2. Die NPD kandidiert zur nächsten Bundestagswahl. Dabei sollen auch 15 Kandidaten, die der DVU angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden.
Die DVU kandidiert zur nächsten Europawahl. Dabei sollen auch sechs bis sieben Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden.
3. Hinsichtlich der Landtagswahlen gilt:
Die NPD kandidiert zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein des 20.2.2005 und in Nordrhein-Westfalen des 22.5.2005.
Die DVU kandidiert zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (voraussichtlich im Frühjahr 2006), Bremen (voraussichtlich im Frühjahr 2007), Hamburg (voraussichtlich im Frühjahr 2008), Thüringen (voraussichtlich im Frühjahr 2009), Brandenburg (voraussichtlich im Herbst 2009).
Bei allen anderen Landtagswahlen bis einschließlich 2009 kandidiert die DVU jedenfalls dann nicht, wenn die NPD kandidiert.
Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Thüringen sowie bei einer weiteren Landtagswahl sollen auch Exponenten der jeweils anderen Partei auf der Liste der antretenden Partei kandidieren.
4. Der geheimen Wahl der Bewerber in den hierfür zuständigen Mitglieder- oder Vertreterversammlungen wird durch die Vereinbarung nicht vorgegriffen. Als Bewerber kann in einem Wahlvorschlag nur benannt werden, wer in der zuständigen Versammlung hierzu wirksam gewählt worden ist.

nicht mit Leuten zusammen arbeiten „die den Staat beseitigen wollen“, sagt Republikaner-Chef Rolf Schlierer. Soweit der offizielle Ton. Den Willen der Basis scheinen die Parteioberen dabei nicht mehr vollends zu vertreten. Die Basis sieht dies anders. In den einschlägigen Internetforen gibt es Hinweise, dass noch vor der NRW-Wahl Mitglieder aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband den Schritt von Rechtsaußen ins neonazistische Lager vollziehen werden.

In den letzten zehn Jahren haben die Republikaner über die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. In NRW sank die Zahl von 2.100 im Jahr 1992 auf aktuell knapp 1.000. Ob die Partei personell, finanziell und organisatorisch überhaupt in der Lage ist, zur Landtagswahl anzutreten, ist zweifelhaft. Bis zum 17. April muss eine Meldung zur Wahl vorliegen. Pro Wahlkreis benötigt die Partei dabei 100 Unterschriften von Wahlberechtigten. Für die Landesliste wären noch einmal 1.000 Unterschriften nötig. Allein dieses Vorhaben werden die Republikaner aus ihrem eigenen Mitgliederbestand heraus nicht mehr stemmen können.

Mitglieder der NPD tauchten schon bei der NRW-Kommunalwahl auf Listen der Republikaner auf. Der NPD-Landesvize Timo Pradel verpasste auf dem REP-Ticket nur knapp den Einzug in den Stadtrat von Lüdenscheid.

Ex-Republikaner-Chef Franz Schönhuber hat sich mittlerweile als bundesweiter Berater der NPD profiliert.

Der Landesvorstand der Hamburger Republikaner ist vor einer Woche komplett zur NPD übergetreten. Man sei nicht mehr bereit, „den Weg ins selbst gewählte politische Abseits der Republikanerführung mitzugehen“.

Quelle: taz NRW vom 20.1.2005 ■



NPD – braunes Sammelbecken für zerstrittene Rechte?

Nazis sehen Chance sich zu etablieren – Was ist zu tun!

Diskussion mit:

Prof. Wolfgang Dreßen
Leiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf

Dr. Volker Külow
Mitglied des Sächsischen Landtages und Kulturpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion



Samstag 19. Februar 2005 um 14.00 Uhr

Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten in Zusammenarbeit mit dem Förderverein
Infos: Tel. 0221-21 16 58

Viele Aktionen gegen Naziaufmarsch in Magdeburg



Am Samstag, dem 15 Januar hatten Faschisten einen „Gedenkmarsch“ zum 60. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs angemeldet. Los ging es vom Domplatz, aber weit kamen sie nicht. Nach zahlreichen Gegenaktionen, Blockaden und Störaktionen wurden die Nazis (ca. 700) von Polizei zum Bahnhof abgedrängt und in Züge verfrachtet.

Probleme gab es für fast alle TeilnehmerInnen der Antifa-Demo (ca. 1000 Leute), denn die Polizei sperrte nach deren Ende das Gebiet östlich der Ernst-Reuter-Straße so massiv ab, dass es nur sehr wenigen gelang, zum Domplatz zu kommen und dort an den Gegenaktivitäten (ca. weitere 650 Menschen) teilzunehmen. Ebenfalls wurde der Hauptbahnhof so massiv abgeschirmt und gesperrt, das AntifaschistInnen erst spät abends in Züge einsteigen konnten.

Insgesamt gab es eine Fülle von Gegenaktionen in Magdeburg:

- Aktion der Stadt Magdeburg mit zahlreichen Transparenten (siehe Foto)
- Demo des antifaschistischen Aktionsbündnisses
- am Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma – Mahnwache für die Opfer des Holocaust
- Kundgebung des PDS-Stadtverbandes gegen den Nazi-Aufmarsch, Hasselbachplatz/Ecke Liebigstraße
- im Dom: Friedensgebet der Domgemeinde
- ebenfalls im Dom: Texte gegen das Vergessen – Schauspieler des Theaters Magdeburg
- zum Abschluss auf dem Domplatz: „Kehraktion“ – wider den braunen Ungeist

Quelle: indymedia ■

Montagsdemo musste weichen

Eisenach. Etwa 20 Neofaschisten versammelten sich am vergangenen Montag in Eisenach auf dem Marktplatz, um gegen „Hartz-IV“ zu marschieren. Damit musste das linke Sozialbündnis erstmals dem „nationalen Widerstand“ weichen und für seine Montagsaktionen gegen die Agenda 2010 einen anderen Platz wählen. Geht es nach der Stadtverwaltung, passiert das nun alle 14 Tage. Denn sie hat den Marktplatz beiden Gruppierungen nun im wöchentlichen Wechsel zugesprochen.

Gegenüber der Thüringischen Landeszeitung erklärte das Eisenacher „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“, es müsse aufgrund des fraglichen Erfolges – 3500 Euro wären für Anwalts- und Gerichtskosten bei einer Niederlage fällig – auf eine Klage verzichten. Es sei aber ein Skandal, dass die Stadtverwaltung ihren Ermessensspielraum kurz vor dem 60. Jahrestag der Befreiung Eisenachs vom Hitlerfaschismus zugunsten der Neofaschisten ausgelegt habe. Das Bündnis organisiert seit August 2004 jeden Montag Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Hartz-IV-Gesetze auf dem Marktplatz. Mit Rücksicht auf den Weihnachtsmarkt und auf Wunsch der Stadtverwaltung wich das Bündnis im Dezember auf den Johannisplatz aus. Für den 10. Januar war nun den Neonazis der Vorzug gegeben worden, während die Kundgebung des sozialen Bündnisses auf dem Marktplatz untersagt wurde. Es bekam lediglich eine Genehmigung für →

den Johannisplatz, wo es sich auch versammelte.

Nicht nur in Thüringen verlegen sich die Behörden auf immer absurdere Rechtsabwägungen zugunsten der Neofaschisten. In Sachsen wird aus der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit ein Recht auf Teilnahme von Neonazis an Veranstaltungen, auch wenn diese explizit antirassistischen und antifaschistischen Charakter haben. So wurde im vergangenen Halbjahr den Veranstaltern der Montagsdemos in Leipzig, Dresden und Chemnitz untersagt, Neonazis mit ihren Parolen und Transparenten von ihren Demonstrationen auszuschließen.

Mit der Antwort des sächsischen Innenministeriums vom 3. Januar auf eine kleine Anfrage aus der PDS-Fraktion im Landtag wurde dieses Vorgehen jetzt auch von Minister Thomas de Maizière gestützt. Die Frage des Abgeordneten Klaus Bartl lautete, ob es der Rechtsauffassung des Innenministeriums entspräche, dass Veranstalter, deren „erklärtes Versammlungsziel es ist, sich gegen Nationalismus und Sozialabbau zu bekennen", gezwungen seien, Neonazis an ihren Veranstaltungen zu beteiligen. Der Staatsminister des Inneren antwortete, dass „weder der Veranstalter noch der Leiter nach eigenem Ermessen Personen, die die Versammlung nicht stören, nur aufgrund einer von diesen vertretenen anderen politischen Auffassung die Teilnahme an der Versammlung untersagen" könne. *kun* ■

Sachsen: NPD-Kandidatin Gitta Schüßler erhielt fünf zusätzliche Stimmen

SACHSEN. Bei der Nachwahl zum Landesjugendhilfeausschuss des Sächsischen Landtages erhielt die NPD-Kandidatin Gitta Schüßler (MdL) 17 Stimmen und damit 5 Stimmen mehr als die NPD-Fraktion Mitglieder hat.

NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel sagte dazu in Dresden: „Wir freuen uns selbstverständlich über dieses Ergebnis. Nicht zuletzt auch deshalb, weil damit die gemeinsame Erklärung der selbsternannten Demokraten aus der vergangenen Woche sofort wieder in Frage gestellt worden ist."

Die anderen Parteien hatten ihre Empörung darüber geäußert, dass die NPD wiederholt Stimmen aus anderen Fraktionen erhielt und für den Fall der „zweifelsfreien Identifikation" mit dem Ausschluss aus ihren Fraktionen gedroht. Bei geheimen Abstimmungen muss man das allerdings nicht fürchten, da traut man sich...

Der Eklat vom 21. Januar konnte nicht sonderlich überraschen: Apfel hat die Schirmherrschaft über den Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) anlässlich des 60. Jahrestages des anglo-amerikanischen Bombenangriffs auf Dresden am 13. Februar 2005 übernommen. Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen, so Apfel, sorge seit vielen Jahren dafür, dass das „Gedenken an die Opfer des Terrorangriffs" nicht jenen überlassen werde, „die sich durch einseitige Schuldbekenntnisse hervortun oder gar die gnadenlose Bombardierung deutscher Städte als Befreiungsakt feiern."

In den Landtag brachte die NPD-Fraktion bereits einen Antrag ein, der fordert, eine Sächsische Landesstiftung „Opfer des Luftkrieges" und einen regulären „Gedenktag zur Erinnerung an die alliierten Luftangriffe" am 13. Februar einzuführen. Die Stiftung soll „eine zentrale Gedenkstätte für die zivilen Opfer der Bombardierungen" errichten und sich „der historischen Aufarbeitung der Ereignisse" widmen, insbesondere Zeitzeugenberichte archivieren. In der Begründung zum Antrag wird die deutsche Zivilbevölkerung kurzerhand zu einer bisher nicht beachteten Opfergruppe erklärt, deren Leiden in der Erinnerung wachzuhalten sei.

Antifaschisten planen für den 13. Februar wie jedes Jahr Gegenaktionen – siehe unten stehende Anzeige.

u.b. ■

(Quellen: Presseberichte, PMs der NPD-Fraktion Sachsen)

Nach NPD-Skandal im sächsischen Landtag: Staatsanwaltschaft prüft Ermittlung wegen Volksverhetzung

Das Verharmlosen des Holocaust durch NPD-Abgeordnete im sächsischen Landtag hat aufgeregte Reaktionen ausgelöst. Die PDS sieht neues Material für ein NPD-Verbotsverfahren. Der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz plädiert für einen neuen „Aufstand der Anständigen". Die Bürger dürften sich das Verhalten der NPD nicht gefallen lassen und müßten nun „friedlich und energisch" aufstehen. Die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung. Die Deutsche Volksunion (DVU) des Münchner Millionärs Gerhard Frey hingegen applaudierte am Wochenende.

Am Freitag, 21.1., hatte die zwölfköpfige NPD-Fraktion in Sachsen eine Schweigeminute für die Opfer des Faschismus verweigert. Die NPD-Abgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel hatten dann die Angriffe auf Dresden zum Ende des Zweiten Weltkrieges als „Bomben-Holocaust" und „kaltblütig geplanten, industriellen Massenmord" bezeichnet.

„Wir prüfen den Verdacht der Volksverhetzung wegen des Ausdrucks ‚Bomben-Holocaust'", sagte Oberstaatsanwalt Andreas Feron in Dresden. Diese Prüfung könnte ohne weiteres auf die DVU ausgeweitet werden, die ihr Wahlbündnis mit der neofaschistischen NPD nach den Ausfällen keinesfalls gestört sieht. Im Gegenteil: „Daß an die Holocaust-Opfer der angloamerikanischen Terrorangriffe erinnert wird, halten wir für goldrichtig", legte DVU-Sprecher Bernd Dröse am Sonntag gegenüber junge Welt nach.

In Brandenburg hatte das Verharmlosen des Holocaust zuvor für weit weniger Aufsehen gesorgt. Bei einer Parlamentsdebatte am 19. Januar aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hatte DVU-Geschäftsführer Siegmar-Peter Schuldt die Nationalsozialisten zwar „eine der größten Katastrophen der deutschen Geschichte" genannt, aber umgehend wieder realitiviert: Neben dem „Mord an den Juden" zählte er Verbrechen an Indianern, an Häftlingen in Stalins Lagern und an deutschen „Vertriebenen" auf.

Die brandenburgische CDU-Führung wettert unterdessen gegen die Stadtverwaltung von Frankfur/Oder, weil diese den antifaschistischen Widerstandskämpfer Peter Gingold als Redner zur Gedenkveranstaltung am 27. Januar eingeladen hat. Der 88jährige Gingold ist Mitglied des Auschwitz-Komitees und einer der Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA). Für Brandenburgs CDU ist er ein Verfassungsfeind.

Wera Richter ■
junge Welt 24.1.05,



Polizei: Neonazi Käppler ist gefährlich

Die rechtsextreme Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) wird möglicherweise verboten. Wohl um dies zu verhindern, hat der Neckarwestheimer Lars Käppler den Vorsitz niedergelegt. Der als gefährlich geltende Neonazi macht derweil verstärkt Geschäfte in der rechten Szene und verlagert seinen Verlag Richtung Ellwangen.

Das passiert den baden-württembergischen Verfassungsschützern selten: Ein Beobachtungsobjekt informiert über sich selbst. Der Behörde flatterte ein Fax des Neckarwestheimers Lars Käppler ins Haus. Darin teilte der 29-Jährige mit, dass er aus der bundesweit tätigen BDVG ausgetreten sei. Diese seit ihrer Gründung 1999 vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppe versteht sich als rechte Kaderschmiede und organisierte zahlreiche öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Allein in Schwäbisch Hall meldete Käppler neun Demonstrationen an und mobilisierte hunderte Rechtsradikale. Seinen Rückzug als BDVG-Chef hält der Heilbronner Staatsschutz der Polizei für glaubhaft. Der Grund könnte sein, dass der 29-Jährige, durch sein vielfältiges Wirken selbst verstärkt ins Blickfeld der Ermittler geraten, die Organisation aus dem Schussfeld nehmen will. Laut Polizeidirektion Heilbronn wird ein Verbot derzeit geprüft. Wie ist der Neonazi einzuschätzen? Die Polizei in Schwäbisch Hall hält ihn für „gefährlich". Zum einen schaffe er es, eine Menge Leute auf die Straße zu bringen und das rechte Lager präzise zu steuern. Und: Eine Gruppe Mitstreiter hinter sich und ein Mikrofon in der Hand lasse aus dem unscheinbaren jungen Mann einen Agitator mit entsprechender Rhetorik werden.

Verstärkt nutzt Käppler inzwischen rechte Weltanschauung und vielfältige Kontakte für wirtschaftliche Zwecke. Im vergangenen Jahr ließ er einen Verlag in das Heilbronner Handelsregister eintragen. Dieser ist auch für das BDVG-Organ „Volk in Bewegung" verantwortlich. Zudem vertreibt er per Internet einschlägiges Material wie Bücher, Flaggen, Kleidung.

Der Name Lars Käppler ist auch in Rosenberg-Hohenberg bei Ellwangen bekannt. Dort hat der vorbestrafte österreichische Neonazi Andreas Thierry den alten Gasthof „Goldenes Kreuz" für 45 000 Euro ersteigert. Zum Entsetzen von Einwohnern und Bürgermeister Uwe Debler. Nach Erkenntnissen der Heilbronner Staatsschützer bereitet Käppler seinen Umzug nach Hohenberg vor. Seit Montag liegt das Baugesuch vor. Vorgesehen sind Lagerräume. Diese könnte Käppler für seinen Verlag nutzen. In dem großen Gebäude gibt es aber auch einen Saal: ideal für Seminare. Ein Nazi-Schulungszentrum in Ellwangen?

www.stimme.de, 22.1.05, Reto Bosch ■

Nur eine Stimme im Kreiswahlausschuss für NPD-Kandidaten

SCHLESWIG-HOLSTEIN. Ein Signal des Protestes gegen den NPD-Kandidaten Ingo Stawitz aus Uetersen, der im Wahlkreis 27 (Pinneberg-Elbmarschen) zur Landtagswahl antritt, hat der Kreiswahlausschuss Pinneberg gegeben. In der Einzelabstimmung stimmte nur Kreiswahlleiter Jahn für die Kandidatur. Die weiteren sechs Mitglieder des Ausschusses enthielten sich der Stimme. Der Kreiswahlleiter gab an, aus juristischen Gründen keine andere Entscheidungsmöglichkeit zu haben, nachdem der Landeswahlausschuss Schleswig-Holstein die Kandidatur der NPD genehmigt hatte.



Ingo Stawitz

Bedauerlicherweise hatte der Landeswahlausschuss am 7. Januar 2005 über alle eingereichten Wahlvorschläge der Parteien en bloc abgestimmt, so dass vom Land kein Signal des Protestes erfolgte. Dieser Peinlichkeit enthob sich die Mehrheit des Kreiswahlausschusses Pinneberg, in dem sie sich für eine Einzelabstimmung entschied.

Gegen den NPD-Kandidaten Ingo Stawitz ist nach einer Enthüllung im NDR-Politmagazin „Panorama" zusammen mit anderen NPD-Funktionären ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet worden. Stawitz wurde anlässlich einer Protestdemonstration von Antifaschisten gegen den NPD-Parteitag in der schleswig-holsteinischen Ortschaft Steinburg beim Steinewerfen gezeigt. Zugleich hatte er eine am Boden liegende Frau mit Fußtritten verletzt.

Der Landesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten hatte zuvor alle Wahlausschüsse aufgefordert, der NPD die Kandidatur zur Landtagswahl zu verweigern. In dem Schreiben der VVN-BdA hieß es u.a. : „Auch wenn die Chance, einen NPD-Kandidaten von der Wahl auszuschließen, nicht gegeben ist, muss der Protest offen ausgesprochen werden. Man kann Zivilcourage nicht nur von anderen fordern".

Damit bezog sich die VVN-BdA auf einen Aufruf von Innenminister Klaus Buß und Justizministerin Anne Lütkes zu einer „offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus". Die Minister von SPD und Grünen hatten erklärt, es sei Aufgabe aller rechtstaatlich und demokratisch gesinnten Kräfte der Gesellschaft, sich in ihrem Arbeits- und Lebensumfeld couragiert gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus öffentlich einzusetzen.

Für die VVN-BdA Schleswig-Holstein: Marianne Wilke ■

aus Platzgründen gekürzt

Neonazis auf Route der Verbrechen der Waffen-SS

Die VVN Aachen hat beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Anzeige gegen Unbekannt erstattet gegen 10-15 Neonazis aus Köln und Trier, die am Sonntag, den 19.12.2004 in der Gegend von Stavelot, Belgien, eine unerhörte Provokation begingen. In der Anzeige heißt es: „Auf den Spuren der SS-Verbrecher unter der Leitung ihres Anführers Peiper bereisten die Neonazis die Route der Verbrechen, um in den Uniformen der SS-Mörder die Überlebenden der Massaker sowie die Hinterbliebenen zu brüskieren. Sie haben damit den Frieden zwischen den Völkern gefährdet, das Andenken Verstorbener missachtet und verunglimpft, eine verbrecherische und verbotene Organisation – die Waffen-SS – fortgeführt und die Kennzeichen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft benutzt. Die Aktion hat bei den Überlebenden und deren Angehörigen für Entsetzen gesorgt.

An diesem Tag wurden in der gesamten Region Gedenkveranstaltungen an die von Deutschen verübten Massaker vor 60 Jahren durchgeführt. Wegen der außenpolitischen Dimension des Vorgangs wenden wir uns an Sie. Außerdem ist die lokale Staatsanwaltschaft in der Verfolgung neonazistischer Straftaten derart hilf- und erfolglos, dass wir uns lieber nicht an die lokalen Vertreter wenden.

Die belgische Polizei hat die Täter festgenommen und ausgewiesen, die Kostüme der Neonazis sowie Propagandamaterial wurden beschlagnahmt. Die Täter bzw. die PKWs, mit denen sie anreisten stammen aus Köln und Trier. Im Rahmen der Amtshilfe wird es leicht möglich sein, Angaben über die Neonazis zu erhalten."

Der Generalbundesanwalt hat mittlerweile die eigene Zuständigkeit bestritten

Neue Provokation von Jean-Marie Le Pen

Der Chef des Front National bezeichnet deutsche Besatzungsära als „nicht so inhuman“ und bezweifelt das SS-Massaker von Oradour-sur-Glane. Ein Strafverfahren gegen ihn ist eingeleitet.

Durch eine neue Provokation, nicht die erste ihrer Art, machte der französische rechtsextreme Politiker Jean-Marie Le Pen in diesen Tagen von sich reden. Wie einem größeren Publikum erstmals durch einen Bericht der Pariser Abendzeitung „Le Monde“ vom Mittwoch abend (12. Januar) bekannt wurde, hatte der Gründer und Chef des Front National in einem Zeitungsinterview die Ära der NS-deutschen Besatzung in Frankreich unter anderem als „nicht so inhuman“ bezeichnet.

Was ist „Rivarol“?

Das Interview erschien in der Ausgabe vom 7. Januar der rechtsextremen Wochenzeitung „Rivarol“. Dieses Organ, das den Namen eines konterrevolutionären Schriftstellers aus dem späten 18. Jahrhundert (Antoine Rivarol) trägt, wurde im Jahr 1951 durch René Malliavin begründet und diente zunächst den letzten Verteidigern des Vichy-Regimes als Tribüne. In seinen Spalten konnte etwa der französische Pro-NS-Propagandist Lucien Rebatet publizieren. Die heutige Zeitung „Rivarol“, deren Redaktion im 10. Pariser Arrondissement ansässig ist und die sich selbst als „Wochenzeitung der nationalen und europäischen Opposition“ bezeichnet, hat eine Auflage von nur 2.000 Exemplaren. Es handelt sich um das kleinste und um das mit Abstand extremste, am ungeschminktesten auftretende unter den größeren (d.h. strömungsübergreifenden) rechtsextremen Publikationsorganen. Rassismus und Antisemitismus werden hier so offen wie kaum irgendwo anders an den Tag gelegt. An den französischen Zeitungskiosken ist „Rivarol“ weit weniger sichtbar als etwa die zu 40 Prozent parteieigene Wochenzeitung des FN, „National Hebdo“. Oft wird sie in den Kiosken nur unter dem Ladentisch verkauft.

Bewusst provozierter Skandal?

Deswegen dauerte es auch fünf Tage, bis eine breitere Öffentlichkeit von den Äußerungen des FN-Parteichefs Le Pen in diesem Schmuddelblättchen Kenntnis nehmen konnte. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass der rechtsextreme Politiker auch eine öffentliche Provokation suchte oder zumindest in Kauf nahm, da er wohl davon ausgehen musste, dass der Inhalt des Interviews früher oder später publik würde (so jedenfalls der Rechtsextremismusspezialist Jean-Yves Camus am 12. Januar).

Nicht von dieser Theorie überzeugt ist hingegen der „Libération“-Journalist Renaud Dély, der in der Ausgabe vom 14.01. schreibt: „Doch der Charakter von ‚Rivarol‘ als fast nur Insidern bekanntes Blatt lässt an der These vom ‚Mediencoup‘ zweifeln. (...) In Wirklichkeit dürfte es sich weder um eine Werbestrategie noch um einen dummen Ausrutscher handeln, sondern diese Darstellung des Zweiten Weltkriegs ist nur der Ausdruck der tiefen Überzeugungen Le Pens (...)“ Dem widersprechen allerdings andere Antifaschisten, die den FN seit längerem beobachten: „Rivarol“ sei zwar keine viel beachtete Massenzeitung, aber seine Artikel fänden sich (zumindest, wenn der Name Le Pens im Spiel sei) höchstwahrscheinlich im „Argus“ wieder; das ist ein hochprofessionell gestalteter und ziemlich teurer Pressespiegel, der in allen Zeitungsredaktionen verfolgt werden dürfte.

Im Zweifelsfall schließen die beiden Thesen einander ja auch insofern keineswegs zwingend aus, als ein möglicher strategischer Hintergedanke Le Pens ihn nicht daran gehindert hätte, gleichzeitig auch seine „tiefen Überzeugungen“ auszusprechen. In der Vergangenheit gehorchten vergleichbare Provokationen Le Pens oftmals einer ihm eigenen politischen Logik: Sie zogen gleichzeitig die Aufmerksamheit auf ihn, als „Herausforderer des Systems“, und sie sollten auf gewisse Weise verhindern, dass ihm die Kontrolle über seine eigene Partei entglitt. Sie sollten nämlich verhindern, dass untergeordnete Parteifunktionäre der Gefahr einer „Verbürgerlichung“ unterliegen und auf eigene Faust realpolitische Absprachen mit bürgerlich-konservativen Bündnispartnern treffen könnten.

In der derzeitigen Phase des allmählichen Machtübergangs in der Partei Jean-Marie Le Pens, der aus Altersgründen (er wird im Juni dieses Jahres 77) seine Nachfolge regeln muss, könnte es sich also um einen Versuch handeln, noch einmal innerparteilich „die Spreu vom Weizen zu scheiden“. Potenziellen Weichlingen, die aus dem FN eine „normale“ bürgerliche Partei zu machen bestrebt sein könnten, würden nach diesem Kalkül ihre Hoffnungen ausgetrieben werden. Tatsächlich liefern sich beide Seiten im aktuell tobenden innerparteilichen Machtkampf derzeit einen Wettbewerb in „Härtebeweisen“. Die „Nummer Zwei“ der Partei, Bruno Gollnisch, etwa versuchte sich im Oktober 2004 in Holocaust-Relativierung, dabei fast wörtlich Äußerungen seines Parteichefs von 1987 wiederholend. Und Marine Le Pen, die als eher „modernistisch“ und vermeintlich „gemäßigt“ geltende Tochter des Parteichefs und ebenfalls Anwärterin auf seine Nachfolge, holte jüngst den Papst der neu-heidnischen „Neuen Rechten“ in ihr Hausblatt: Alain de Benoist, Vordenker des neorassistischen GRECE. Dieser wird in der jüngsten Ausgabe von „Aviso“, dem Hausblatt von Marine Le Pens Getreuen-Vereinigung „Générations Le Pen“, ausführlich interviewt.

Der Inhalt von Le Pens Äußerungen in „Rivarol“

In ‚Rivarol‘ vom 7. Januar 05 also erklärte Jean-Marie Le Pen unter anderem : „Die deutsche Besatzung (Anm.: in Frankreich) war nicht besonders unmenschlich. (...) Wenn die Deutschen tatsächlich in allen Ecken massenhafte Hinrichtungen vorgenommen hätten, wie gemeinhin behauptet wird, dann hätten sie keine Konzentrationslager für die politischen Deportierten benötigt.“ Es habe wohl, fügte Le Pen hinzu, einige „Ausrutscher“ (bavures) gegeben, „wie sie unvermeidlich sind in einem Land von 550.000 Quadratkilometern (Anm.: das entspricht exakt der Oberfläche Frankreichs)“. Aber, fügte Le Pen hinzu, die Gestapo habe in einigen Fällen auch eingegriffen, „um Massaker zu verhindern, etwa im Norden Frankreichs“.

Über das Massaker von Oradour-sur-Glane äußerte Le Pen sich nur knapp und per Andeutung: Darüber „gäbe es viel zu sagen“. Bei dem Massaker von Oradour wurden am 10. Juni 1944 insgesamt 642 Zivilisten (davon 245 Frauen und 207 Kinder) durch die SS-Division „Das Reich“ getötet, auf ihrem Rückzug aus der Normandie, wo vier Tage zuvor die Alliierten gelandet waren. In diesem Kontext praktizierte die SS eine Politik der verbrannten Erde. Die Behauptung des rechtsextremen Politikers, dazu gebe es noch „viel zu sagen“, wird als verhaltene Anspielung auf die Schriften eines Geschichtsrevisionisten namens Vincent Reynouard gedeutet. Dieser hat die These aufgestellt, das Massaker von Oradour sei in Wirklichkeit „lediglich“ ein Vergeltungsschlag für „Taten“ der Partisanenverbände (Maquis) der Résistance gewesen. Die EinwohnerInnen von Oradour-sur-Glane waren vollzählig, soweit die SS ihrer habhaft werden konnte, in der Kirche des Orts zusammen getrieben worden, die in Brand gesteckt wurde. Doch Vincent Reynouard behauptet, in dieser Kirche sei in Wirklichkeit Sprengstoff der Partisanen deponiert gewesen. Dies erkläre angeblich die vermeintlichen „Repressalien“ ebenso wie das Ausmaß der Zerstörungen in dem Ort.

Auf die Frage der „Rivarol“-Redaktion, was von der „Propaganda, die dieses ganze Jahr hindurch angesichts der Gedenkfeiern zum (Anm. 60. Jahrestag des) Ende(s) des Zweiten Weltkriegs entfesselt werden wird“ zu halten sei, antwortet Le Pen: „Ein unerträgliches Denkverbot lastet

seit Jahrzehnten auf all diesen Themen.“ Deswegen fordere er, einmal mehr, die Abschaffung der „freiheitstötenden Gesetze“. Damit gemeint ist die Gesetzgebung, die rassistische Hetze sowie die Holocaust-Leugnung unter Strafe stellt, also die Loi Pleven vom 1. Juli 1972 sowie die (das Strafarsenal auf die Auschwitzlüge ausdehnende) Loi Gayssot vom 13. Juli 1990.

Erste Reaktionen

Der französische konservative Justizminister Dominique Perben (UMP) erklärte sofort nach Bekanntwerden der jüngsten Provokation aus dem Munde Jean-Marie Le Pens, er habe Anweisung zur Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegeben. Noch am Mittwoch berief er eine kurze Pressekonferenz dazu ein. Dort erklärte er, die Staatsanwaltschaft Paris zur Aufnahme eines Strafverfahrens angewiesen zu haben. Perben bezeichnete die Äußerungen Le Pens als „nicht hinnehmbar“ und als Verhöhung „der Opfer, ihrer Familien, der ehemaligen Résistancekämpfer, der Deportierten und all jener, die in dieser dunklen Periode unserer Geschichte gelitten haben“.

Die Liga für Menschenrechte (LDH) erklärte am Mittwoch abend, 12. Januar durch ihren Vorsitzenden Michel Tubiana, sie erwäge, „nach einer sorgfältigen juristischen Prüfung“ Strafanzeige gegen Le Pen zu erstatten. Die Gestapo, die durch Le Pen verharmlost wurde, sei im Nürnberger Prozess als kriminelle Organisation eingestuft worden. Auch die Antirassismusorganisation MRAP erklärte noch am selben Mittwoch, sowohl gegen Le Pen als auch gegen die Zeitung „Rivarol“ Strafanzeige einzureichen.

Hingegen schätzte die eher liberale LICRA (Liga gegen Rassismus und Antisemitismus), Le Pens Äußerungen seien jene „eines sich ständig wiederholenden Alten“, die „nur Verachtung und Abscheu hervorrufen“. Offenkundig schätzt man hier, ein erneuter Prozess gegen Jean-Marie Le Pen, der bereits mehrfach verurteilt worden ist (unter anderem wegen seiner Bezeichnung der „Frage“ der Existenz der Gaskammern als „Detail der Geschichte“, die er 1987 im französischen Fernsehen aufstellte und 1997 in München an der Seite Franz Schönhubers wiederholte), könne diesem nur dazu dienen, sich erneut als „Märtyrer“ aufzuspielen. Diese Befürchtung wird noch von anderen Protagonisten geteilt, etwa dem UMP-Abgeordneten Pierre Lellouche, der davor warnte, Le Pen in seiner „Märtyrerrolle“ zu bestätigen.

Serge Klarsfeld von der Vereinigung der Söhne und Töchter jüdischer Deportierte kommentierte im französischen Radiosender Franco Info, bei der Einstufung der deutschen Besatzungsära als „nicht so inhuman“ dürfe man nie aus dem Blick verlieren, „dass 76.000 Juden aus Frankreich deportiert wurden und (nur) 2.500 von ihnen lebend zurück kamen“. Aber auch er

Fortsetzung Seite 8



„Der Glaube an das Militär versetzt Berge von Menschen unter die Erde“

Köln. Am 20. Januar predigte Kardinal Meisner im Kölner Dom wieder einmal seine Absegnung der militärischen Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1500 Soldaten der Bundeswehr und aus anderen NATO-Staaten sollten religiös ausgerichtet werden, im Namen ihres und Meisners Gottes Menschen zu töten, militärische Gewalt einzusetzen, nämlich „Böses durch Gutes überwinden“, so der Titel von Kardinal Meisners Predigt. Auch Verteidigungsminister Struck, Sozialdemokrat, und der Generalinspekteur der Bundeswehr saßen in der ersten Reihe neben Oberbürgermeister Schramma, Christdemokrat, und ließen sich die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch fürs kommende Jahr absegnen.

Etwa 20 Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten gegen diese religiöse Rechtfertigung der deutschen Militärpolitik. Einer stand mit der Tafel „Der Glaube an das Militär versetzt Berge von Menschen unter die Erde“ vor dem Domeingang. Die Polizei zwang ihn sich zu entfernen. So nahe an den lesenden Soldaten wollten Kardinal und Verteidigungsminister diesen wahren Satz nicht stehen lassen.

Im Dom zitierte Kardinal Meisner aus dem Römerbrief des Apostel Paulus: „Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute“ (Römerbrief 12, 21). Er interpretierte das so, dass die Soldaten die andere Backe hinhalten sollten: „Und wenn ich geschlagen werde und nicht mit der Faust zurückschlage, sondern – nach dem Worte Christi in der Bergpredigt – dem anderen meine Wange zum zweiten Male hinhalte (Matthäus 5,39), dann hält er (der andere) inne, wird verwirrt und fragt sich: ‚Was ist denn passiert? Ist er verrückt oder bin ich verrückt?‘“ Der Kardinal preist hier als Mittel für die Soldaten: „Es ist die Feindesliebe, die unbegreiflichste Herausforderung, die Gott den Menschen als seinen Ebenbildern zumutet.“

Mit diesem Mittel der Feindesliebe hätten die Bomberpiloten der Bundeswehr aber sicher Probleme, ihren Vernichtungsauftrag durchzuführen. Die Realität ist anders. Denn die Bundeswehr richtet sich nicht gegen Meisners behauptetes allgemeines „das Böse“. Die weltweite Sicherung der Rohstoffe und die Sicherung der weltweiten Handelswege für die deutschen Kapitalisten ist verbindlicher Auftrag laut Bundeswehrrichtlinien.

Damit Meisner zum selben Ziel, das Böse durch das Gute überwinden, kommen kann, nimmt er daher einen anderen Weg. Er zitiert nicht mehr aus der Bibel. Wie in jeder seiner Soldatengottesdienst-Reden kramt er im reichen Sprichwortschatz seiner Vorfahren und zitiert, leicht in seinem Sinne gedreht: „Das Sprichwort unserer Vorfahren: ‚Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt‘ ist leider noch nicht ad absurdum geführt.“ Die übliche Formulierung des Vorfahren Friedrich Schiller, Wilhelm Tell, Vierter Aufzug, 3. Szene, Tell: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“ verwendete der Kardinal lieber nicht. Die Gedanken der mehr oder weniger frommen Zuhörenden könnten sich schwerer von der bisher angepriesenen biblischen Feindesliebe lösen. Meisners Spruch „Es kann der Beste nicht ...“ passt ihm genauer zu dem „Guten“ und dem „Bösen“. Obwohl mit ganz anderen Mitteln, haben Feindesliebe und Militäreinsatz der Bundeswehr nach Kardinal Meisner dasselbe Ziel. Nachdem er seinen Vorfahren-Spruch losgelassen hat, fordert Meisner den Einsatz der Bundeswehr: „Und selbst, wo Gewalt angewendet werden müsste, muss es als Ultima ratio geschehen, das Böse in das Gute zurück zu führen, aus dem Negativen das Positive zu machen.“ Will die Bundeswehr etwas anderes als die christliche Feindesliebe? Will die geplante EU-Angriffstruppe nicht das Positive machen, zumindest für die weltweiten Vorherrschaftsziele ihrer Auftraggeber?

Verteidigungsminister Struck soll laut Kölner Rundschau vom 21. Januar 2005 beim folgenden Empfang im Maternushaus gesagt haben: „Er werde oft gefragt, ob denn Soldaten und Friedensgebet zusammen passten (...) Dem halte er entgegen: ‚Wir leisten aktive Friedensarbeit‘“.

Sozialdemokrat Struck könnte seine „aktive Friedensarbeit“ in Köln am Mittwoch, dem 23. Februar 2005, noch einmal nachvollziehen und Kardinal Meisners Spruch „Das Böse in das Gute zurückführen“ ins Angesicht der klagenden Angehörigen rechtfertigen: Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Köln (Reichenspergerplatz) in Sachen Bürger von Varvarin gegen Bundesrepublik Deutschland. Einwohner dieses serbischen Dorfes, das im Krieg 1999 von der NATO bombardiert wurde, obwohl es kein militärisches Ziel in diesem Dorf gab, wobei etliche Einwohner getötet wurden, haben das NATO-Mitglied Deutschland verklagt (insbesondere die Eltern der getöteten Jugendlichen). Die Verhandlung beginnt wahrscheinlich am Vormittag. Das Kölner Friedensforum plant eine Aktion. Wer kann, sollte sich den Termin freihalten. *gba* ■

mahnte an, zu prüfen, ob Le Pen sich nicht einen eventuellen erneuten Prozess zunutze machen werde, um sich als „Verfolgter" aufzuspielen; „jedes Mal, wenn man eine Weile lang nicht von ihm spricht, versucht er, durch einen Skandal auf sich aufmerksam zu machen". Einwohner von Oradour-sur-Glane und Mitarbeiter der dortigen Gedenkstätte, die am Donnerstag früh, 13. Januar ebenfalls auf Radio Franco Info befragt wurden, meinten: „Es gilt, diese historische Wahrheit (über Oradour) zu verteidigen, auch auf die Gefahr hin, dass Leute wie Le Pen das benutzen, um von sich reden und um so Werbung für sich zu machen".

De Sozialdemokraten forderten die Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen. Ähnlich die KP in Gestalt ihrer Vorsitzenden Marie-George Buffet. Dagegen tat der Alt-68er und jetzige neoliberale Grüne Daniel Cohn-Bendit die jüngsten Äußerungen Le Pens als Gestotter eines „Alten, der vollkommen senil und verrückt geworden ist" ab; es sei mittlerweile „egal, was er abspritzt".

Le Pen reagiert seinerseits

Am Donnerstag früh (13. Januar) hatte Jean-Marie Le Pen seinerseits Gelegenheit zu reagieren, zuerst im Fernsehstudio des Senders RTL; die Einladung seitens des Fernsehkanals war bereits vor dem Bekanntwerden des jüngsten Skandals erfolgt, der Auftritt also nicht extra deswegen anberaumt worden. Dabei kündigte der FN-Chef an, „noch heute" Strafanzeige gegen die Redaktion von „Le Monde" zu erstatten, wegen „Manipulation" und angeblicher „Verzerrung" in der Darstellung seiner dort wieder gegebenen Äußerungen. Inhaltlich erklärte Le Pen, sich halbwegs geschickt hinauswindend: „Wenn man die deutsche Besatzung in Frankreich mit der in anderen europäischen Ländern vergleicht, dann war sie, proportional betrachtet, in Frankreich am wenigsten schmerzhaft." Das trifft insofern sogar zu, als die Besatzungspraxis in Polen und den besetzten Teilen der Sowjetunion, deren Bewohner durch die Nazis als „slawische Untermenschen" betrachtet wurden, zweifelsohne zu Anfang härter ausfiel als (zumindest für die nichtjüdischen Einwohner) in Frankreich – das mehrheitlich in den Anfangsmonaten entweder zur Kollaboration oder zum Stillhalten neigte, bevor die Résistance im weiteren Kriegsverlauf breitere Unterstützung gewann. Le Pen weiter: „Das hat die Deutschen nicht daran gehindert, ihre Politik zu betreiben und rassische Deportationen, politische Verfolgungen, den Kampf gegen die Résistance durchzuführen." Über die Komplizenschaft von Franzosen im Rahmen des Vichy-Regimes äußerte Le Pen sich hingegen selbstverständlich nicht, was auch verwundert hätte, da einige „Übriggebliebene" jener Zeit vor allem in der Gründungsphase des (1972 entstandenen) Front National eine wichtige Rolle spielten.

Zum Massaker von Oradour-sur-Glane hingegen erklärte Le Pen, er habe dem von ihm Geäußerten „nichts hinzuzufügen". Denn: „Ich kann (es) nicht sagen, denn in Frankreich hat man heute nicht das Recht zu denken, nicht das Recht zu reden." Im Gegensatz zu „den meisten Anderen, die heute reden" habe er selbst die deutsche Besatzung erlebt, betonte Le Pen (Jahrgang 1928). Seine damalige politische Rolle ist nicht wirklich klar, möglicherweise spielte er auch gar keine; nachdem sein Vater, der bretonischer Fischer war, 1942 auf eine Mine aufgelaufen war, kümmerte Le Pen sich wohl vor allem um das Haus. „Ich bin ein Verteidiger der Denk- und Urteilsfreiheit", so stellte Le Pen seine eigene Rolle dar. Und fügte hinzu: „Es ist ziemlich skandalös, dass man sich 60 Jahre danach nicht auf logische und ruhige Weise zu diesen Themen äußern kann und dass man kein freies Urteil über die Tatsachen der Besatzung fällen kann." Es sei eine „wirkliche politische Gedankenkontrolle" zu beklagen.

Vor mehreren hundert Parteisympathisanten, die am Sonntag, 16.1. in einem Saal im XV. Pariser Bezirk versammelt waren, rechtfertigte Le Pen sich und legte dabei nochmals mit Äußerungen in geschichtsrevisionistischer Absicht nach: „Was das kriminelle Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung betrifft, muss man Oradour-sur-Glane neben Dresden oder Hiroshima betrachten", äußerte Le Pen. Das soll bestenfalls bedeuten, dass – die Frage nach Ursache und Wirkung vom Tisch wischend – die Verbrechen des NS-Regimes und die, in Einzelpunkten mitunter angreifbaren, Taten der Alliierten im durch die Nazis ausgelösten Weltkrieg miteinander gleichgesetzt werden könnten. Und das ist noch die günstigste Interpretation, denn genauso gut ließe sich die Lesart vertreten, dass neben einem unbestreitbaren Verbrechen wie dem Abwurf der A-Bombe auf Hiroshima doch auch das Massaker an 600 Menschen in Oradour verblasse. Eine Sichtweise, die Aufrechnern und Geschichtsrevisionisten zweifellos zu eigen ist, die aber nur dann halbwegs „funktioniert", wenn man Auschwitz und Treblinka (als über sonstige Staats- oder Kriegsverbrechen qualitativ hinaus gehende Barbarei) dabei „vergisst" und unter den Tisch kehrt.

Innerparteiliche Reaktionen: Heuchlerische Empörung und Machtkämpfe

Aus den Reihen des Front National selbst kam am Donnerstag, 13. Januar, eine erste Reaktion, die freilich eher kurios anmutet. Sie gehorcht vor allem den Gesetzesmäßigkeiten des innerparteilichen Machtkampfs. Jacques Bompard, der FN-Bürgermeister des südfranzösischen Orange (er kam 1995 ins Amt und wurde 2001 mit 60 Prozent der Stimmen wieder gewählt), äußerte sich im Interview mit Radio France Info. Er spreche Le Pen das Recht ab, so Bompard, sich zu solcherlei Themen zu äußern, „die auf keinem Kongress diskutiert worden sind" und die Gegenstand keinerlei Parteibeschlusses seien. Vor diesem Hintergrund habe Le Pen sich einer öffentlichen Darstellung seiner privaten Meinung zu enthalten; im aktuellen Fall sei das „schädlich". Jedoch danach befragt, was er selbst, Bompard, inhaltlich zu diesen Aussagen denke, verweigerte dieser jede Stellungnahme: „Ich denke, dass Sie hier nicht (die Privatperson) Jacques Bompard befragen, sondern den Bürgermeister von Orange sowie das ehemalige und vielleicht zukünftige Mitglied des Politischen Büro des FN". Mit absoluter Sicherheit wäre die „Privatmeinung" Jacques Bompards zu diesem Thema mindestens ebenso grauenhaft ausgefallen, wie jene seines (Noch-)Parteichefs.

Wie steht es um die Rechtsfolgen?

Die Pariser Abendzeitung "Le Monde" zeigt sich derzeit nicht überzeugt davon, dass es zu einer strafrechtlichen Verurteilung Jean-Marie Le Pens in der jüngsten Affäre komme. Möglicherweise seien seine umstrittenen Äußerungen über die deutsche Besatzungszeit in Frankreich dafür noch zu vage gehalten und im Rahmen einer allgemeinen historischen Bewertung angesiedelt, die noch durch die Meinungsfreiheit abgedeckt. Anders sah es konkret im Falle der (expliziten oder impliziten) Infragestellung der Existenz der Gaskammern, deren Vorhandensein oder nicht Vorhandensein ein "détail de l'histoire" (Nebenumstand der Geschichte), aus. Denn dabei bezog Le Pen sich, in seinen Auslassungen von 1987, die er im Dezember 1997 in München wiederholte, auf präzise historische Tatbestände. In beiden Fällen wurde Le Pen zu Geldstrafen in fünf- bzw. sechsstelliger Höhe (je nach Franc- oder Euro-Währung) verurteilt.

Am Freitag, 14. Januar 05 gab der Conseil d'Etat, das französische oberste Verwaltungsgericht, jedoch dem FN-Politiker Bruno Gollnisch in seiner Klage gegen die Universität Lyon-III formal Recht. Der Hochschulverwaltung wird damit untersagt, Hausverbot (wie es seit dem 3. Dezember gültig war) gegen den rechtsextremen Hochschullehrer zu verhängen, der dadurch an der Abhaltung seiner Vorlesungsveranstaltungen gehindert wurde. Unbenommen sei das Recht des universitären Disziplinarausschusses, so die Richter, explizite Sanktionen gegen Gollnisch zu verhängen, die im Übrigen in dieser Angelegenheit noch erwartet werden. Nicht zulässig sei hingegen die Aussperrung des Professors und FN-Funktionärs auf administrativem Wege.

Durch einen Bericht von "Libération" vom 13. Januar, zeitgleich zum Ausbruch der jüngsten Affäre um Le Pen, wurde bekannt, dass Gollnisch die (unerbetene) Unterstützung von erklärten Auschwitzleugnern erhalten hat. Die belgische Zeitschrift "Dubitando" (lateinisch: Der Zweifelnde), Untertitel: "petite revue d'histoire révisionniste" (kleine revisionistische Geschichtsschau), veröffentlichte auf 12 Seiten eine "Verteidigungsschrift für Bruno Gollnisch". Als Unterzeichner fungieren angebliche "Kollegen und Freunde", die jedoch anonym bleiben. Dem Text zufolge seien "die Vergasungen (in den Vernichtungslagern) physikalisch und chemisch unmöglich" gewesen. Über diese, einer öffentlichen Reputation eher abträgliche Unterstützung schwieg Gollnisch sich auf Anfrage hin lieber aus, der lediglich angab, von der Existenz dieser Zeitschrift nichts zu wissen. "Dubitando" wird von einem Kleinverlag namens VHO (niederländisch-flämische Abkürzung für "freie Geschichtsforschung"), die im Umkreis des Vlaams Blok bzw. der jetzigen Partei Vlaams Belang angesiedelt ist.

Trotz Dementi: Kardinal Meisner relativiert den Holocaust

Für Antifaschistinnen und Antifaschisten ist die Dreikönigspredigt des Kölner Kardinals Joachim Meisner ein Skandal. Meisner hatte am 6. Januar im Dom Folgendes verkündet: „Wo der Mensch sich nicht relativieren oder eingrenzen lässt, dort verfehlt er sich immer am Leben: zuerst Herodes, der die Kinder von Bethlehem umbringen lässt, dann unter anderem Hitler und Stalin, die Millionen Menschen vernichten ließen, und heute, in unserer Zeit werden Millionen ungeborene Kinder millionenfach umgebracht. Abtreibung und Euthanasie heißen die Folgen dieses anmaßenden Aufbegehrens gegen Gott. Das sind nicht soziale Probleme, sondern theologische“.

Nachdem der „Spiegel“ die Öffentlichkeit über diese Worte des Kölner Kirchenfürsten und die in ihnen enthaltene Relativierung des Völkermords der Nazis informiert hatte und dadurch eine Welle des Protestes ausgelöst hatte, sah sich Meisner genötigt zurückzurudern: „Wenn ich geahnt hätte, dass mein Verweis auf Hitler missverstanden hätte werden können, hätte ich seine Erwähnung unterlassen. Es tut mir leid, dass es dazu gekommen ist. In der Dokumentation meiner Predigt werde ich darum auch den Hinweis auf Hitler tilgen lassen“ erklärte der Kardinal am Abend des 7. Januar.

Carsten Horn, Mitarbeiter des Erzbischöflichen Generalvikariats, ist der Meinung, die Protestierenden hätten alles falsch verstanden, weil der „Spiegel“ ein Zitat verkürzt widergegeben habe: „Die Kritik an diesem Text übersieht, dass der Kardinal mit keinem Wort die Einzigartigkeit des Genozids an den Juden unter Hitler relativiert hat. Der Vergleich von Heute mit den Zeiten unter Herodes, Hitler und Stalin bezieht sich allein darauf, dass Verfehlungen am menschlichen Leben geschehen sind, die sich darauf zurückführen



lassen, dass sich Menschen zum Herrn über das Leben machen. Heute besteht fast kollektiv die Annahme, der Mensch könne vor allem über das Leben ungeborener Kinder entscheiden“.

Eine Erklärung des Faschismus (wie auch aller anderen geschichtlichen Ereignisse), die sich darauf beschränkt, den Abfall des Menschen von Gott als Ursache von Unterdrückung, Massenmord und Krieg zu benennen, ist im Kampf darum, zu verhindern, dass sich die Barbarei jemals wiederholen kann, nicht im geringsten hilfreich. Die wahren, durchaus irdischen Ursachen des Faschismus werden damit verschleiert, Interessen materieller Art verborgen. Dabei hätten auch und gerade die Kirchen allen Grund, die eigene Rolle in den zwölf Jahren von 1933 bis 1945 selbstkritisch zu untersuchen. Aber das ist nicht der springende Punkt.

Wer, wie der Kölner Kardinal und sein Angestellter, nach wie vor verbreitet, Schwangerschaftsunterbrechungen, die eine schwere moralische Entscheidung für die betroffenen Frauen (und nur für diese) darstellen, mit den Verbrechen der Nazis gleichzusetzen, der hat nicht nur nichts verstanden sondern relativiert, gewollt oder ungewollt, auf jeden Fall aber im Wiederholungsfall, den Völkermord der Nazis. Damals geschahen Verbrechen weil Menschen sich zum „Herrn über das Leben“ machten. Heute werden Schwangerschaften aus dem gleichen Grund unterbrochen und damit, in den Augen christlicher Fundamentalisten, ebenfalls Verbrechen am menschlichen Leben, also Morde begangen. Damals betraf es die Juden, Sinti und Roma, Polen, Russen und viele andere Völker, heute ungeborene Kinder – in den Augen der genannten Vertreter der katholischen Kirche scheint es da keinen Unterschied zu geben. Wer so argumentiert und nicht bemerkt, dass er damit den Holocaust relativiert, nicht nur vergleicht sondern bewusst gleichsetzt und so Alt- und Neonazis in die Hände arbeitet (die ja ebenfalls behaupten, Völkermorde seien etwas ganz Normales und seien zu allen Zeiten vorgekommen), dem ist entweder nicht zu helfen oder er beabsichtigt genau diese Gleichsetzung.

Johannes Kardinal Meisner ist zwar ein Fundamentalist, aber er ist nicht dumm. Er weiß, was und warum er etwas sagt. Man kann ihm daher mit Fug und Recht unterstellen, den genannten Vergleich bewusst angestellt zu haben. Aus diesem Grund sollten Antifaschist (inn)en mindestens vom Vatikan fordern, diesen unsäglichen Hassprediger von seinem Amt zu entbinden und in ein möglichst abgelegenes Kloster zur Bewährung zu schicken.

Peter Trinogga, Vorsitzender der VVN/BdA Köln ■

Der, taktisch motivierten, Positionierung Bompards schlossen sich in den darauffolgenden Tagen auch andere Altkader aus derselben Ecke der Partei an. Bernard Antony, der Chef des katholisch-fundamentalistischen Parteiflügels (für den Marine Le Pen die „gehirn- und rückgratlose Generation“ repräsentiert, von der er in einem jüngsten Interview mit der von seinem Flügel kontrollierten Tageszeitung „Présent“ spricht) verlangt anlässlich einer Sitzung des Politischen Büros (BP) der Partei am 17. Januar, Le Pen solle „seine Partei nicht in eine etwas, das wie eine desaströse Besessenheit von der Vergangenheit aussieht, einschließen“. Ungewohnt zukunftsorientierte Töne für diesen Verteidiger der katholischen Monarchie früherer Jahrhunderte und Franco-Spaniens...

Die mit Le Pen (Vater und Tochter) verkrachte Altfunktionärin Marie-France Stirbois brachte zur Politbüro-Sitzung gar Dokumente mit, die ihrer Mutter die Beteiligung an der Résistance im Zweiten Weltkrieg attestieren. „Ich hätte es nicht ertragen, wenn es keine Aussprache“ in diesem zweitobersten Führungsgremium des FN „gegeben hätte“, erklärte sie nach der Sitzung gegenüber der Presse.

Anscheinend hat ein größerer Teil des BP an diesem Tag Jean-Marie Le Pen eine Erklärung abverlangt, darunter auch die jüngeren Kader aus der Umgebung von Marine Le Pen, die selbst nicht anwesend war. Es verabschiedete auch keine Solidaritätserklärung für den Parteichef angesichts dessen augenblicklicher „Verfolgung“ – anders noch im Oktober 04 für die „Nummer Zwei“ der Partei, Gruno Bollnisch, nach dessen öffentlich geäußerten Zweifeln über die Gaskammern und über die „Zahl der Toten“.

Laut „Libération“ (vom 18.1.) redete der Parteichef sich darauf hinaus, dass man keine Erklärung zur Solidarität verabschiedet habe, „weil diese doch selbstverständlich ist“.

Als große Verliererin steht im Augenblick Marine Le Pen da. Seit dem Bekanntwerden des „Rivarol“-Interviews ihres Vaters wurde die Le Pen-Tochter nirgendwo mehr vernommen. Für Journalisten ist sie nicht erreichbar. Einen Termin im Umland von Montpellier Mitte Januar hat die Le Pen-Tochter ebenso annulliert, wie sie ihre Teilnahme an der Politbüro-Sitzung absagte. Angeblich aufgrund plötzlicher Ferienabsichten.

„Die Äußerungen Le Pens schicken seine Tochter in Urlaub“, übertitelt „Libération“ (20.1.) einen Artikel dazu. „Um den FN jetzt zu entdiabolisieren (Anm.: wie sie nach der Präsidentenwahl von 2002 als strategisches Ziel verkündete), dürfte es jetzt sehr anstrengend werden“ wird dazu ein Bezirkssekretär des FN und Sympathisant von Marine Le Pen zitiert.

Bernhard Schmid, Paris ■

Erinnerung kann man nicht verbieten

BERLIN/PARIS. Über sechzig Jahre nach den Todestransporten jüdischer Kinder in das Vernichtungslager Auschwitz weigert sich die Deutsche Bahn AG, auf den früheren Durchgangsstationen der Deportationszüge an die Ermordeten zu erinnern.

Einen entsprechenden Bescheid erhielt die französische Organisation „Fils et Filles des Deportés Juifs de France“/FFDJF (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) im Dezember aus Berlin zugestellt. Die Organisation hatte die Deutsche Bahn um Stellplätze für eine Fotoausstellung über das Schicksal von 11.000 bahndeportierten Kindern gebeten. Sie waren in Drancy (bei Paris) auf einen 52-stündigen



Schienenweg geschickt worden, der über Saarbrücken, Homburg, Kaiserslautern, Mannheim, Frankfurt am Main, Fulda und Dresden direkt nach Auschwitz führte. Die logistische Durchleitung der Todestransporte übernahm die Deutsche Reichsbahn, als deren Rechtsnachfolgerin die heutige Deutsche Bahn AG auftritt. Wie es in einem Schreiben heißt, das der Redaktion von german-foreign-policy vorliegt, „fehlen“ der Deutschen Bahn „sowohl die personellen als auch die finanziellen Ressourcen“, um die angebotene Ausstellung zu übernehmen. „Das Unternehmen sponsert mit viel Geld die Fußballweltmeisterschaft 2006“ und ergehe sich in unglaubwürdigen Ausflüchten, sagt Frau Beate Klarsfeld, Repräsentantin der FFDJF, in einem Interview mit german-foreign-policy.com.

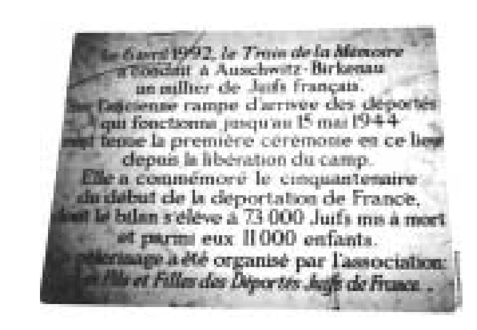
Die Ausstellung wurde in den vergangenen Jahren auf zahlreichen Bahnhöfen in Frankreich gezeigt, die an der Strecke der Todestransporte mit der Zuglaufnummer „DA-901“ liegen.[1] Bei den Eröffnungen kam es zuerschütternden Szenen, als die Austellungsbesucher u.a. der etwa 520 Kinder deutscher Frankreich-Emigranten gedachten, die über die Schienen der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz verschleppt und dort sofort umgebracht wurden. Insgesamt 80.000 französische Deportierte fanden in deutschen Vernichtungslagern den Tod. Die Zahl der in Deutschland deportierten Personen, die mit der Deutschen Reichsbahn in den Tod geschickt wurden, beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Menschen.

Verantwortung

Um Angehörigen, Schulklassen und dem Reisepublikum den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen, stellten die französischen Staatsbahnen (SNCF) auf ihrem Schienengelände in sämtlichen Landesteilen Stellplätze bereit. Im Pariser Nordbahnhof (Gare du Nord) hielt der Vorstandschef der SNCF im Juli 2004 eine Eröffnungsansprache, in der er sich zur Verantwortung der französischen Staatsbahnen für deren Beteiligung an der Deportation jüdischer Kinder bekannte.[2] Darin hieß es, dass zwar Bahnbedienstete aus Frankreich den Zugverkehr bis zur deutschen Grenze organisierten, aber dort von Angehörigen der Deutschen Reichsbahn abgelöst wurden.[3] Unter deren Kontrolle rollten die Todeszüge mit Tausenden Kindern durch Deutschland.

Abgelehnt

Im Gegensatz zur SNCF weigert sich die Deutsche Bahn AG, die Beihilfe ihrer Vorgängerorganisation zum Massenmord an den Orten des Verbrechens zu dokumentieren, und verweist auf ein lokales „Bahnmuseum“ in Nürnberg. Eine bundesweite Wanderausstellung komme auf dem Schienengelände der DB AG nicht in Frage. Auch müsste die Ausstellung der französischen FFDJF „inhaltlich“ umgearbeitet werden, heißt es in einem Schreiben der Abteilung „Kommunikation“ der Deutschen Bahn AG vom 17. Dezember 2004. Bereits zuvor hatte das Unternehmen ein Angebot des hessischen „Arbeitskreises Christen-Juden“ zurückgewiesen und sich die Errichtung einer Gedenkstätte am Hauptbahnhof der Stadt Hanau verbeten.[4] Zentraler Knotenpunkt des Menschenumschlags der Deutschen Reichsbahn war das nahe gelegene Frankfurt am Main (Gleisbereich Süd, Ankunft: 7 Uhr 24, Weiterfahrt: 7 Uhr 46). Von dort rollten die Todeszüge mit den jüdischen Kindern über Hanau weiter nach Osten. Über den Bahnhof Frankfurt am Main wurden auch zahlreiche Todestransporte deutscher Juden abgewickelt.



Recht auf Erinnerung

„Die Franzosen haben uns ihre Bahnhöfe zur Verfügung gestellt. Jetzt kommen von der Deutschen Bahn ganz andere Reaktionen: Wir haben kein Geld, wir haben keinen Platz“, äußert Beate Klarsfeld in einem Interview mit german-foreign-policy. Die Marginalisierung der Ausstellung sei nicht hinzunehmen und werde der Bedeutung des Massenverbrechens an den 11.000 ermordeten Kindern nicht gerecht. Frau Klarsfeld, die sich in zahllosen Aktivitäten der FFDJF für die Bestrafung der NS-Täter und für das Gedenken an die Opfer eingesetzt hat, hofft auf Reaktionen in Deutschland, um die Ausstellung doch noch zu realisieren. „Wer sich (in Deutschland) erinnern will, hat ein Recht, das zu tun. Erinnerung kann man nicht verbieten.“

Proteste

Nach Bekanntwerden der Weigerung der DB AG wenige Wochen vor dem 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz gehen bei dem Unternehmen erste Protestbriefe ein. So schreibt ein süddeutscher Lehrer, die Begründung der milliardenschweren Aktiengesellschaft, sie verfüge nicht über die „finanziellen Ressourcen“ für eine bereits einsatzbereite Wanderausstellung, sei „sehr fadenscheinig“.[5] „Ich empfinde es als Skandal, dass die Deutsche Bahn AG (...) eine solche Ausstellung auf deutschen Bahnhöfen aus (...) unglaubwürdigen Gründen ablehnt“, heißt es in dem Protestbrief.

www.german-foreign-policy.com ■
Das erwähnte Interview mit Beate Klarsfeld ist ebenfalls dort nachzulesen

1) Horaire prévu des trains de déportation à partir du 1er novembre 1943

2) Gare du Nord, l'hommage aux enfants juifs déportés; Le Monde 17.07.2004

3) Bulletin de liaison des FFDJF No. 87, Nov-Déc 2004

4) Französische Bahn läßt Gedenkorte zu; Frankfurter Rundschau 20.11.2003

5) Schreiben vom 17.12.2004

Abfallprodukt Fischhaut im Dienste der Weltkriegsplanung

Trotz Missbrauchs durch die Nazis könnte Fischleder in Deutschland wieder eine Zukunft haben

von Thomas Klaus

BREMERHAVEN. Es ist vielseitig und geschmeidig, liegt gut am Körper, kann sich sehen lassen, riecht nicht unangenehm und ist reißfest. Dass sich Leder aus der Haut von Fischen (beispielsweise von Hai, Seelachs, Kabeljau, Goldbarsch, Scholle und Aal) trotz dieser vorzeigbaren Merkmale weder national noch international durchgesetzt hat, dürfte nicht zuletzt mit dem Missbrauch der Fischlederproduktion durch die Nazis zu tun haben.

Mit dem Thema „Fischleder" im Zeichen des Hakenkreuzes beschäftigt sich Dr. Gunnar Stempel aus Bremerhaven seit langem. Sein Fazit: „Die Grundlage für eine nennenswerte Fischlederproduktion in Deutschland, die während der Nazi-Zeit erreicht wurde, war die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges – und nichts anderes."

Ohne die Autarkiepolitik der braunen Herrscher hätte das Fischleder in den dreißiger und vierziger Jahren wohl längst nicht eine solche Wertschätzung und Förderung erfahren, so Dr. Gunnar Stempel. Hinter der Autarkiepolitik steckte die Absicht, möglichst wenig von ausländischen Rohstoffen und Importen abhängig zu sein. Das Deutsche Reich sollte durch Selbstversorgung weitestgehend auf eigenen Füßen stehen können, Fischleder vor allem für Taschen und Schuhe verwendet werden.

1936 hatte Adolf Hitler auf dem NSDAP-Reichsparteitag einen Vierjahresplan verkündet. Die beiden von ihm hauptsächlich postulierten Ziele waren: Die deutsche Armee müsse in vier Jahren einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft in der gleichen Zeitspanne kriegsfähig sein.

Verstrickung in unmenschliche Verbrechen

Vorbild für die Nazis war die Autarkiepolitik Italiens unter dem faschistischen Diktator Benito Mussolini. In Afrika ließen die Südländer sogar eine eigene Flotte kreisen. Deren Fischer sollten Haien den Garaus machen und an Fischleder kommen. „Allerdings war der Erfolg der Italiener eher bescheiden", weiß Stempel aufgrund seiner Recherchen.

Die Nazis strebten beachtlichere Erfolge an. Mit dem Ziel einer deutlich höheren Fangquote wurden die Kapazitäten der deutschen Fischfangflotte ausgeweitet und die Häfen modernisiert. Das ging einher mit nationalsozialistischer Propaganda auf mehreren Ebenen, durch die Sympathie für Fisch und Fischleder geweckt werden sollte. Gunnar Stempel erläutert:

„Fisch galt ursprünglich nur als Fisch, wenn er komplett verkauft wurde. Erst die Nazis machten der Bevölkerung das Filet so richtig schmackhaft. Schließlich benötigten sie die Haut der Meeresbewohner für ihre Lederproduktion." Besonders das „Winterhilfswerk" habe sich einbinden lassen und vor allem im „fisch-kritischer" eingestellten Süden Deutschlands die Werbetrommel geschlagen, so Stempel.

Nicht auf das Bewusstsein der potenziellen Fischkonsumenten, sondern das der Modeträgerinnen hatte es das 1934 gegründete „Frankfurter Modeamt" abgesehen. Nach den Vorstellungen des damaligen Oberbürgermeisters der Main-Metropole und NSDAP-Kreisleiters, Dr. Friedrich Krebs, sollte es den Ruf Frankfurts als Modestadt unterstreichen und darüber hinaus die reichsweite Führung in Modefragen übernehmen. Dieses Frankfurter Modeamt setzte sich stark für das Fischleder ein, nahm in diesem Sinne auf das Handwerk Einfluss und entwarf eigene Kollektionen. Zusätzlich wurde in der Tagespresse und in den Frauenzeitschriften überall im Deutschen Reich Stimmung für Mode aus Fisch gemacht.

Dabei konnten die Fischleder-Propagandisten auf Unterstützung von „ganz oben" zählen. Hermann Göring, „Beauftragter für den Vierjahresplan", bekannte sich bei Besuchen in Fischlederfabriken zu diesem Material. Und 1936 hielt Reichspropagandaminister Joseph Goebbels vor Lederfabrikanten eine donnernde Rede. Darin forderte er sie dazu auf, sie sollten aus deutschen Lederprodukten gefällige und attraktive Ware herstellen – und so ihren Beitrag zur Kriegstauglichkeit des Volkes und des Reiches erbringen.

Folgerichtig stellte das Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung 1938 viel Geld für die Fischlederproduktion bereit. Sein Direktor war ab Juni 1934 der 1978 verstorbene Chemiker Wolfgang Grassmann. Schon 1948 war Grassmann wieder an der Neuerrichtung der Nachfolgeinstitution, des Max-Planck-Institutes für Eiweiß- und Lederforschung, beteiligt.

1939 erlangte das Fischleder tatsächlich Produktionsreife, und im Januar 1940 wurden die ersten Fischlederkollektionen für die modebewusste Frau vorgestellt. Noch im gleichen Jahr zählte man in Deutschland bereits zehn Fischlederfabriken. Ergänzend wurde Ware aus so genanntem Warmblüterleder im Deutschen Reich nur eingeschränkt verkauft. In den besetzten Ländern war solches Leder sogar verboten.

„Das Fischleder wurde von Zwangsarbeitern unter unmenschlichen Bedingungen gefertigt", betont Dr. Gunnar Stempel. Auf den Aspekt der Unmenschlichkeit macht auch Anne Sudrow aufmerksam. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen. Anne Sudrow befasst sich intensiv mit der Verwicklung der deutschen Lederindustrie in die Verbrechen der Nazis. Mit Blick auf das Fischleder und weiteres Ersatzleder stellt sie klar: „Leder – für Fußbekleidung und Treibriemen – galt als einer der wichtigsten Rohstoffe der Kriegsführung. Es war Aufgabe der Naziwissenschaft, Ersatzstoffe für importierte Häute und Gerbstoffe zu entwickeln – die so genannte Lederlücke zu schließen."

In diesem Zusammenhang machten sich Wissenschaft und Industrie schwerer Untaten gegen die Menschlichkeit schuldig.

Neue wirtschaftliche Zukunft?

1952 verschwand die Fischlederproduktion in Deutschland komplett von der Bildfläche. Die letzte entsprechende Fabrik stand in Bremerhaven und gehörte dem Unternehmer Helmut Blasig aus Erfurt. Der Schuhfabrikant hatte Ende der dreißiger Jahre die beiden Produktionsstätten für Fischleder gekauft, die in der Stadt Wesermünde (heute: Bremerhaven) errichtet worden waren. 1948 hatte Blasig in der Seestadt eine neue Fischlederfabrik eröffnet. Hier wurden monatlich immerhin 30.000 Fischlederhäute verarbeitet.

Im Hauptberuf wirkt Gunnar Stempel als Betriebsarzt bei Frozen Fish International. In seiner Freizeit betätigt er sich gerne als Hobby-Historiker – und als Verfechter des Materials Fischleder. Dessen Missbrauch durch die nationalsozialistischen Machthaber darf nach der Ansicht des Mediziners nicht dazu führen, dass ihm eine Zukunft in Deutschland für immer verbaut sei.

Geht es nach Stempel, dann wird die Forschung auf diesem Gebiet wieder belebt und die Fabrikation erneut aufgenommen. Heutzutage würden diese Häute tonnenweise weggeworfen, kritisiert er. Seine Überzeugung: „Das Abfallprodukt Fischhaut könnte der Fischindustrie eine neue wirtschaftliche Perspektive geben." ■

PRO ASYL zieht Bilanz:

2004 – schlimmes Jahr für Flüchtlinge

Das Jahr 2004 war ein schlimmes Jahr für den Flüchtlingsschutz. Dieses Fazit zieht rückblickend die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL. Deutschland und die europäischen Nachbarstaaten haben ihre Versuche, sich der Flüchtlinge auf Kosten anderer Staaten zu entledigen, fortgesetzt.

Die Asylpolitik der Europäischen Union strebt nicht den Schutz von Flüchtlingen, sondern den Schutz Europas vor Flüchtlingen an. Ausdruck dieser Politik der Abwehr und Abschottung: Die Zahl der Toten an den Außengrenzen steigt, die Asylzahlen in Europa und in Deutschland befinden sich im freien Fall.

In einer neueren Untersuchung sprechen Wissenschaftler von der Plymouth University von knapp 2.000 Menschen, die jährlich im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa umkommen (vgl. Prof. Michael Pugh of Plymouth University, Drowning not Waving: Boat People and Humanitarianism at Sea, Journal of Refugee Studies 17/2004).

Weit unter 300.000 Asylanträge wurden 2004 in den 25 EU-Mitgliedsstaaten gestellt. In Deutschland ist ein neues Rekordtief bei den Zugangszahlen bereits sicher. Circa 36.000 Asylgesuche in diesem Jahr bedeuten einen Rückgang auf den Stand der 70er Jahre. Im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße nimmt Deutschland in diesem Jahr einen Platz im letzten Drittel bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb der 25 Mitgliedsstaaten ein.

Die EU der 25 hat nicht nur zugelassen, dass einzelne Mitgliedsstaaten, wie Italien, gegen elementare Völkerrechtsstandards verstoßen, sondern auch aktiv den kollektiven Ausstieg aus dem Völkerrecht forciert. PRO ASYL kritisiert, dass Deutschland beim europäischen Überbietungswettbewerb der Flüchtlingsabschreckungsstrategien eine Vorreiterrolle einnimmt. Bundesinnenminister Schily steht für einen rigiden Umgang mit Flüchtlingen im Inland und für den aktuellen Versuch, die EU durch die Auslagerung des Flüchtlingsschutzes weitgehend flüchtlingsfrei zu machen.

Innerhalb Deutschlands stehen einigen Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz drastische Negativentwicklungen gegenüber. Besonders markant: Der Trend beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Menschen, denen bereits einmal der Flüchtlingsstatus gewährt wurde, mit Widerrufsverfahren in großem Stil zu überziehen. Ca. 17.000 abgeschlossene Widerrufsverfahren werden es am Ende des Jahres sein.

gez. Karl Kopp ■
Europareferent von PRO ASYL e.V.
Vorstandsmitglied von ECRE
(Europäischer Flüchtlingsrat)

Ein schlaglichtartiger Jahresüberblick:

Januar: Bei der Vorstellung der Asyljahresstatistik 2003 macht Bundesinnenminister Otto Schily Mitte Januar klar, wie er den niedrigsten Stand der Asylbewerberzugangszahlen seit 1984 politisch zu nutzen gedenkt: „Diese positive Entwicklung wird die laufenden Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz sicherlich erleichtern.“ PRO ASYL wirft dem Bundesinnenminister aus Anlass der drastisch zurück gegangenen Anerkennungsquoten vor, mit einer „Quantitätsoffensive“ die auf Standard-Textbausteinen basiert eine Zukunft ohne Flüchtlinge zu planen.

Februar: Am 2. Februar holen Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS) aus einem Frankfurter Krankenhaus eine im Flughafen-Asylverfahren abgelehnte psychisch kranke Tunesierin ab und schieben sie trotz zuvor ärztlich attestierter Suizidgefahr ab. Einen Arzt hat der BGS gleich mitgebracht. Der Fall ist typisch: Abschiebungen unter Einschaltung willfähriger Ärzte, die ihr ärztliches Ethos auf die Feststellung der Flugreisetauglichkeit beschränken, häufen sich.

März: Pogromartige Ausschreitungen im Kosovo zeigen, wie brisant die Situation dort weiterhin ist. Opfer werden auch hunderte Angehörige der Ashkali-Minderheit in Vucitrn, die aus ihrem Wohnviertel vertrieben werden und fordern, in EU-Staaten aufgenommen zu werden. Obwohl die Situation der Minderheiten bis zum Jahresende prekär ist, fehlt es zwei Innenministerkonferenzen im Juli und November an der Bereitschaft, daraus die notwendige Konsequenz – die Gewährung eines Bleiberechts – zu ziehen.

April: Am 29. April 2004 einigen sich die europäischen Innenminister politisch auf die sogenannte Verfahrensrichtlinie. Sollte diese Richtlinie in dieser Form angenommen werden, würde dies eine weitgehende Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Herkunftsregion oder Transitstaaten ermöglichen. Die EU wäre umgeben von einem Ring angeblich sicherer Drittstaaten. Mit der Richtlinie können Asylsuchende beispielsweise künftig europaweit von Grenzbeamten ohne Einzelfallprüfung in neue sichere Drittstaaten zurückgewiesen werden. Diese heißen dann u.a.: Russland, Weißrussland, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Kroatien, Mazedonien, Albanien und Türkei – Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen noch immer an der Tagesordnung und Flüchtlingsrechtsstandards nicht vorhanden sind.

Mai: Die EU wird mit der Aufnahme neuer Mitglieder größer. Flüchtlinge scheitern immer häufiger an den östlichen Grenzen der Beitrittsstaaten. Die Asylsysteme in diesen Staaten sind bereits überfordert. Die Regelung über die sicheren Drittstaaten wird ersetzt durch die Dublin II-Verordnung. Deutschland schiebt verstärkt unter Missachtung der humanitären Regelungen dieser Verordnung Flüchtlinge in die Vertragsstaaten ab. In mehreren der neuen EU-Staaten werden Asylsuchende während des Verfahrens regelmäßig inhaftiert.

Juni: Das EU-Parlament wird gewählt. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass ein stärkeres Parlament mehr als bisher Rechenschaft fordert über die flüchtlingspolitischen Maßnahmen der Union und höhere Standards für den Flüchtlingsschutz durchsetzt. PRO ASYL appelliert an die neuen Abgeordneten, die Schaffung neuer sicherer Drittstaaten abzulehnen.

Juli: Die Innenministerkonferenz Anfang Juli geht wieder einmal an allen Realitäten vorbei. Obwohl die Lage im Irak chaotisch ist, begrüßt sie die Aktivitäten des Bundesinnenministers, der das Bundesamt zur Einleitung einer Vielzahl von Widerrufsverfahren gegen anerkannte Flüchtlinge aus dem Irak animiert hat. Beifall für völkerrechtswidriges Verhalten.

Ebenfalls Juli: Nervenkrieg vor Sizilien um die Aufnahme von 37 Schiffbrüchigen, die das deutsche Schiff Cap Anamur aufgenommen hat. Bundesinnenminister Otto Schily versucht, die Crewmitglieder auf eine Stufe mit Schleppern und Schleusern zu stellen. Schily und sein italienischer Amtskollege Pisanu versuchen, die humanitäre Hilfe zu kriminalisieren. UNHCR drückt seine große Besorgnis aus, dass im Umgang mit den 37 Geretteten von den italienischen Behörden akzeptierte internationale und europäische Standards offensichtlich missachtet worden seien. Schily fordert als Reaktion auf das Problem der Boatpeople und der Ertrinkenden im Mittelmeer Asyllager in Nordafrika. Auch die dort schließlich in einem Prüfungsverfahren Anerkannten sollen in der Region festgehalten werden – ein Plädoyer für ein flüchtlingsfreies Europa.

August: Während europäische Innenminister neue Lager in Afrika planen, weist die Flüchtlingsorganisation U.S. Committee for Refugees darauf hin, dass von knapp 12 Mill. Flüchtlingen und Asylsuchenden weltweit 7,35 Mill. bereits län-

ger als zehn Jahre unter katastrophalen Bedingungen in Lagern leben – ohne Perspektive. Laut UNHCR ist die Zahl der Asylanträge in den Industriestaaten im ersten Halbjahr 2004 auf den niedrigsten Stand seit 1987 gefallen. In den 20 EU-Staaten, für die Daten vorliegen, sank die Zahl gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16 Prozent. Während die „alten“ EU-Staaten einen deutlichen Rückgang verzeichneten, stieg die Zahl in den sechs erfassten neuen EU-Staaten um 31 Prozent.

September: Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg sowie die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen bringen beträchtliche Erfolge für rechtsextreme Parteien. Diese haben ihren Wahlkampf mit explizit ausländer- und flüchtlingsfeindlichen Parolen gestaltet.

Oktober: Kontinuierlich werden aus Italien mit einer Luftbrücke an den Küsten gestrandete Menschen nach Libyen abgeschoben – ohne Prüfung ihres Einzelschicksals und ihrer Fluchtgründe, ohne Rechtsschutz, ohne Dokumentation. Anlässlich der deutsch-italienischen Konsultationen in Rom lassen die Vertreter der deutschen Regierung den Völkerrechtsbruch der Massenabschiebungen ohne Asylprüfung ungerügt. PRO ASYL appelliert an das Europaparlament und die EU-Kommission den Rat zu drängen, den Tabubruch Italiens zu sanktionieren.

Das Landgericht Frankfurt am Main verurteilt drei für den Abschiebungstod des Sudanesen Amir Ageeb verantwortliche Bundesgrenzschutzbeamte zu einer Bewährungsstrafe, die das gesetzlich vorgeschriebene Mindeststrafmaß unterschreitet. Zu den vom Gericht genannten Milderungsgründen gehört auch die von PRO ASYL mehrfach kritisierte Verfahrensdauer von über fünf Jahren.

November: Die Innenministerkonferenz in Lübeck kann sich wieder einmal nicht zu den notwendigen Beschlüssen durchringen und nimmt damit in Kauf, dass Zehntausende weiterhin auf Dauer lediglich mit einer Duldung leben. Bezüglich afghanischer Staatsangehöriger wird ein vertraulicher Beschluss gefasst, der die Betroffenen verunsichert: Bestimmte Ausnahmen von der Rückkehrverpflichtung sollen dann gelten, wenn gleichzeitig mit Abschiebungen begonnen wird.

Bundesinnenminister Schily verkündet ein neues Rekordtief: In der Zeit von Januar bis November 2004 haben insgesamt 32.864 Personen in Deutschland Asyl beantragt.

Dezember: Die Jahresendabschiebungs-Rallye ist im Gang. Vor In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes sollen offenbar auch potenzielle Härtefälle außer Landes geschafft werden. Kranke werden abgeschoben mit Begleitärzten. Familienmitglieder werden bei der Abschiebung getrennt. Es trifft auch Familien, die seit zehn Jahren und länger in Deutschland leben. ■

Veranstaltung und Seminar 28./29. Januar 2005 in Freiburg:

Sans Papiers in Europa erheben die Stimme. Sie organisieren sich, politisch und gewerkschaftlich.

Egal ob es 500.000 oder eine Million Leute in Deutschland sind, oder Millionen in Europa, die hier mit mangelhaften oder ohne Papiere leben. Egal ob zwei oder fünf Millionen Menschen sie freiwillig und unfreiwillig irgendwie unterstützen oder mit ihnen leben: Sie sind unter uns – Wir sind unter euch. Illegalisierung heißt Entrechtung: auf der Straße, bei der Fahrscheinkontrolle, am Arbeitsplatz, bei den Behörden, in der Schule, im Kindergarten, und manchmal, wo es kein Mensch glaubt.

Aus diesem Grund organisiert die Arbeitsgruppe Arbeit und Migration (Leute von SAGA, Rasthaus und Kanak Attak) eine Veranstaltung mit GewerkschafterInnen aus der Schweiz und Frankreich.

In dieser Veranstaltung werden VertreterInnen von Gewerkschaften aus der Schweiz und aus Frankreich ihre Ansätze in der Arbeit mit Sans Papiers vorstellen:

◗ Ismail Turker v. SIT, Gewerkschaft der Sans-Papiers, Genf

◗ Claudia Studer v. IGA Interprofessionelle Gewerkschaft der Arbeiterinnen, Basel

◗ VertreterIn v. UNIA, Zusammenschluss Schweizer Gewerkschaften, Zürich

◗ EinE VertreterIn v. SUD-PTT Gewerkschaft für Post und Telekom, Straßburg

◗ IGA (Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen) – Die IGA ist eine kleine Gewerkschaft, die sich auch für Arbeiter/innen ohne Bewilligung engagiert. So versucht zur Zeit die IGA in Basel in Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers die gewerkschaftliche Organisierung von Hausangestellten mit und ohne Bewilligung. In Basel sind die Mehrheit der Sans-Papiers Frauen. Diese arbeiten in der Regel bei Familien als Hausangestellte, putzen, kochen, waschen Kleider etc. Nicht selten werden sie ausgenutzt und ausgebeutet. Dagegen wehrt sich die IGA. „Jede Hausangestellte hat Rechte – egal ob sie eine Arbeitsbewilligung hat oder ob sie bei den Sozialversicherungen angemeldet ist.“ Dazu hat die IGA ein Informationsblatt auch für Sans-Papiers in Basel und Umgebung zusammengestellt.

◗ SIT (Gewerkschaft) hat die Interessensvertretung der Beschäftigten ohne Berufsunterscheidung, Nationalität, Statut, Alter, Geschlecht zum Ziel. Die Solidarität mit allen Benachteiligten hat Vorrang. Dazu zählen vor allem die Sans-Papiers. Es gilt die Bedingungen des Gehalts, der Arbeit und des Lebens aller Kategorien von ArbeiterInnen der Kantone zu verbessern; für eine wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung zu kämpfen, die auch ArbeiterInnen und ihren Familien eine globale Sozialversicherung garantiert; das Koalitionsrecht und die gewerkschaftliche Freiheit zu stärken; eine Gesellschaft die auf der Befriedigung der grundlegenden und vorrangigen Bedürfnissen der Völker und nicht auf der Verschwendung und der Produktion von Gütern und von unnötigen Diensten basiert, die nur einer Minderheit nutzt.

◗ UNIA – ab dem 1. Januar 2005 die Gewerkschaft für alle in der Schweiz. SMUV (Metall), GBI (Bau) und VHTL (Transport, Lebensmittel ...) schließen sich zusammen. Bei den Schwerpunkten der UNIA für die nächsten vier Jahre findet sich u.a. der Kampf für die Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse, Integration von MigrantInnen sowie die Regularisierung der Sans-Papiers.

◗ SUD-PTT, Frankreich: Die Abkürzung SUD steht für „Solidaires, Unitaires et Démocratiques“, die drei Grundsätze dieser französischen Gewerkschaft. SUD-PTT wurde 1988 gegründet und ist für die Bereiche Post und Telekom zuständig, in denen sie heute die zweitstärkste Gewerkschaft ist. Bereits mehrfach unterstützte SUD durch Streiks und Kampagnen den Kampf für die Rechte der ArbeiterInnen und Angestellten ohne Papiere. Sans-Papiers wird das zentrale Thema des nächsten Gewerkschaftstages sein.

Die Veranstaltung ist außerdem der Auftakt für ein Seminar über ArbeiterInnen ohne Papiere in Deutschland, das am Samstag, den 29. Januar 2005 abgehalten wird. Das Seminar wird von VertreterInnen von Einzelgewerkschaften und des DGB sowie von Unterstützungsgruppen für Flüchtlinge, MigrantInnen und Papierlose in Freiburg – MediNetz, Rasthaus, Kanak-Attak und SAGA– organisiert und geleitet. Ort: DGB-Haus, Hebelstraße 10, Freiburg.

All diejenigen, die am Seminar teilnehmen wollen, bitten wir um eine Anmeldung, da wir in verschiedener Hinsicht planen müssen, so z.B. für Essen und Getränke, Seminarunterlagen etc. Die Anmeldung kann per mail erfolgen:



Rezension „Die Gesellschaft des Terrors“

Paul Martin Neurath (1911- 2001) war der Sohn des bekannten Wissenschaftstheoretikers und Gründer des Wirtschafts- und Gesellschaftsmuseums Otto Neurath. Sozialisiert im „Roten Wien“ wurde P. M. Neurath mit dem sogennannten „Prominententransport“ am 1. April 1938 als jüdischer politischer Häftling ins KZ Dachau und anschließend ins KZ Buchenwald gebracht. Nach seiner Entlassung 1939 emigrierte er in die USA.

Auf Grund seiner umfangreichen – politischen – Bildung konnte er die erlitttenen Torturen nicht nur präzis und plastisch festhalten, sondern auch analytisch durchdringen. Bereits 1943 legte er seine Erfahrungen und Erkenntnisse in Form einer Dissertation nieder. Die englisch verfasste Studie liegt nunnmehr erstmals auch in deutscher Sprache vor. Man kann sie – obwohl vor der Kenntnis über den Holocaust verfasst – durchaus in die Reihe „klassischer“ Texte wie Eugen Kogons „Der SS-Staat“ oder David Roussets „L'univers concentrationnaire“ stellen.

Das Spezifische seiner Schilderung der „Hölle KZ“ (S. 25) ist die enge Verschränkung von persönlichen Erlebnissen und deren begrifflicher, soziologischer Durchdringung. Ob ihm dieser „Spagat“ (S. 423) immer gelungen ist, mag der Leser/die Leserin selbst beurteilen.

Ein Höhepunkt der Lektüre ist zweifelsohne das Kapitel „Warum schlagen sie (die Häftlinge – H.D.) nicht zurück?“
(S. 356 ff.).

Interessant der methodische Anhang zur Dissertation „Erklärung zur Valididität von Beobachtungen die der Dissertation... zugrunde liegen“ – eine beherzte Abrechnung mit dem kruden soziologischen Empirismus, dem er seine Methode als „leidender Beteiligter“ (S. 394) entgegenhält.

Spannend auch das Nachwort der Herausgeber (S. 409 ff.), das die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von Neuraths Studie beleuchtet.

Hermann Dworczak ■

Neurath, Paul Martin: Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald. Herausgegeben von Christian Fleck, Albert Müller und Nico Stehr. Frankfurt: Suhrkamp Verlag 2004. 460 S.

Die Modellierung des Unmodellierbaren

Moderne Kriege sind immer auch Kriege der Bilder. Sie werden durch Bilder legitimiert, sie setzen sich in Bilder um, sie werden in Bildern erinnert. Längst sind Bilder zu einer unverzichtbaren Waffe des Krieges der Erinnerungen geworden. Der Historiker und Sozialwissenschaftler Gerhard Paul analysiert nun erstmals umfassend die Gesichter, die Ausprägungen und die Ursachen dieser Bilderkriege. Ausgehend von den Konflikten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Krim-Krieg, Amerikanischer Bürgerkrieg, deutsche Reichseinigungs-Kriege, Pariser Commune, Spanisch-Amerikanischer Krieg) verfolgt der Autor die Visualisierung des modernen Krieges im 20. Jahrhundert (Erster Weltkrieg, Spanischer Bürgerkrieg, Zweiter Weltkrieg, Vietnam-Krieg) bis zu den postmodernen Kriegen der Gegenwart Golf-Krieg, Kosovo-Krieg, Anschlag vom 9.11.2001, Krieg in Afghanistan). Im Zentrum von Darstellung und Analyse stehen die Bildmedien Fotografie und Film sowie die elektronischen Medien Fernsehen und Internet. Ein Vorspann beleuchtet die ikonographischen Muster der Kriegsdarstellung in Malerei und Graphik von der Renaissance bis ins 19. Jahrhundert, die der früheren Kriegsfotografie vielfach als Vorbild dienten. In die Darstellung eingefügt sind neun „visuelle Essays“ mit den wichtigsten Bildern dieser Kriege. Bei dem Buch handelt es sich um die europaweit erste Gesamtdarstellung dieses Themas. Paul verdeutlicht, dass die modernen Bildmedien und der moderne Krieg von Beginn an keine getrennten Welten, sondern eng miteinander verbunden waren. Eine zentrale These des Buches lautet, dass diese Bildmedien immer wieder versuchen „das katastrophisch, antizivilatorische Ereignis des Krieges zu einem zivilatorischen Akt umzuformen, ihm eine Ordnungsstruktur zu verpassen, die dieser per se nicht besitzt. Auf diese Weise trugen und tragen die medial generierten Bilder des Krieges zur immer wieder neuen Illusion seiner Plan- und Kalkulierbarkeit bei.“

Das Buch erzeugte bisher eine breite positive Resonanz. Präsentationen in ganz Deutschland in der Schweiz und Frankreich sind geplant. Obwohl die Untersuchung auch Gegenstand des Historikertages in Kiel war, ist es in Schleswig-Holstein bisher kaum bekannt gemacht worden. Gerhard Paul war früher Leiter des Instituts für Zeit und Regionalgeschichte (IZRG) in Schleswig und ist bekannt für seine kritischen Forschungen über die NS-Zeit, sowie Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein. Er ist jetzt Geschichtsprofessor an der Universität Flensburg. In Rezensionen des Deutschlandfunks und der Frankfurter Rundschau wird kritisiert, dass Paul ein „mangelndes Vertrauen in die reflexive Potenz von Bildern“ besitze. Hier wurde sein Resümee wohl nicht zu Ende gelesen. Gerhard Paul: „Es ist zu einfach, das ausgeprägte Interesse an Bildern des Krieges nur als Ausdruck von Gewaltbereitschaft oder Militarismus zu deuten. In ihrer Betrachtung versichert sich der Zuschauer in sicherer Distanz zur Realität immer auch der Möglichkeit des Anders-Seins: Der Anarchie des Krieges und der Möglichkeit des Todes. In die Rezeption der Bilder kriegerischer Gewalt ist so immer auch die Utopie eingeschrieben: So möge es nicht sein!“

„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden, hatte die Präambel der UNESCO-Satzung von 1945 gefordert. In der Konsequenz geht es um nichts anderes als um eine visuelle Entmilitarisierung und Entbarbarisierung der Köpfe. Gewiss ist es richtig, dass es kein demokratisch vernünftiges, konstruktives Denken mit und in Bildern gibt. Daraus aber die – wie es der Künstler Ingo Günther getan hat – Folgerung abzuleiten, die Bilder des Krieges durch Abschalten einfach zu ignorieren, ihnen die Aufmerksamkeit und Gefolgschaft zu versagen, greift zu kurz und wird den Realitäten der modernen Massenkommunikationsgesellschaft nicht gerecht.

Der Medienpädagogik, der Kulturwissenschaft und der Geschichtsdidaktik fallen in diesem Kontext eine erhebliche friedenspädagogische Verantwortung zu. Praktisch-politisch demgegenüber sind verstärkt Strategien der Medienintervention… zu diskutieren, um die Abrüstung in den Köpfen beginnen zu lassen und den Kriegen der Zukunft bereits im Vorfeld die Grundlage zu entziehen.“ Das reich illustrierte Buch lehrt, die Bildersprache des Krieges zu lesen und zu verstehen.

rua ■

PM Informationsdienst Wissenschaft 3.11.04; Frankf. Rundschau online 2.11.04; Deutschlandfunk 14.12.04

Gerhard Paul: Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2004, ISBN 3-506-71739-1

Antifaschistischer Ratschlag in Sachsen am 29. Januar 2005, 10.00 bis 18.00 Uhr in Freiberg, „Alte Mensa", Peterstraße 5

Seit 15 Jahren wird in Thüringen alljährlich ein „Antifaschistischer Ratschlag" durchgeführt. Die verschiedensten Initiativen im Bereich antifaschistischer und antirassistischer Politik nutzen diese Treffen für ihre Vernetzung, zum Erfahrungsaustausch und zu thematischen Debatten in unterschiedlichsten Workshops. Es wird Zeit, dass wir auch in Sachsen zu einer derartigen Zusammenarbeit kommen. Vielleicht sind bei diesem ersten sächsischen Ratschlag noch nicht alle gegen Rassismus und Faschismus Engagierten dabei, aber es soll auch in Sachsen zu einer alljährlichen Zusammenkunft kommen. Fangen wir an und hoffen, dass im nächsten Jahr noch mehr Initiativen den „Antifaschistischen Ratschlag" unterstützen.

Workshops/Arbeitsgruppen:

● **„Schöner leben ohne Naziläden"**
Naziläden und -versände sind unverzichtbar für den rechten Lifestyle. Über Musik und Klamotten werden Jugendliche geködert. Was können wir dagegen tun?

● **„Schatten der Vergangenheit"**
60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus: der Geschichtsrevisionismus wuchert, aus Tätern werden Opfer gemacht, der Widerstand gegen den Faschismus wird verfälscht.

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Wie gelange ich an Informationen über die extreme Rechte? Wie sensibilisiere ich die Öffentlichkeit für die Thematik?

● **Antifaschistische Arbeit vor Ort**
Was tun gegen einen rechtsdominierten Jugendklub? Was tun gegen eine örtliche rechte Kleinzeitung? Wie umgehen mit Nazis im Kommunalparlament? Wo finde ich Partner?

Nach dem „Antifaschistischen Ratschlag" wird ein Reader erarbeitet. Wer Interesse daran hat, sollte sich unbedingt in die „Anwesenheitsliste" eintragen. Es besteht die Möglichkeit zum Auslegen von Info-Material. Das Material muss aber im Zusammenhang mit dem Anliegen des Ratschlages stehen. Es wird kein Unkostenbeitrag erhoben. Spenden für diesen und weitere „Antifaschistische Ratschläge" sind erwünscht. Bitte keine Spendensammlungen für andere Projekte an diesem Tag.

Kontakt: LAG „Antifaschistische Politik", BürgerInnenbüro Grimma, Tel.: 03437/999758, E-Mail: lag.antifa@pds-sachsen.de

Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma

Kulturstaatsministerin Christina Weiss und der Künstler Dani Karavan haben sich bei einem Gespräch am 12. Januar in Berlin darauf verständigt, mit dem Bau des Mahnmals für die ermordeten Sinti und Roma Europas so rasch wie möglich zu beginnen. Das Denkmal soll südlich vom Reichstag am Simsonweg gebaut werden und im Jahre 2006 fertiggestellt sein. Der Bund hat dafür 2 Millionen Euro vorgesehen, das Grundstück stellt das Land Berlin. Weiss begrüßte Karavans Zusage, den Baubeginn so schnell wie möglich zu planen, obwohl in der Frage der Inschrift noch keine endgültige Einigung mit den Opferverbänden erzielt werden konnte. Die kulturpolitischen Sprecher aller Fraktionen im Deutschen Bundestag hatten sich in einer Erklärung vom 24. November 2004 auf folgenden Vorschlag für die Inschrift verständigt: „Wir gedenken aller Kinder, Frauen und Männer, die von den Nationalsozialisten in ihrem menschenverachtenden Rassenwahn als Zigeuner in Deutschland und Europa verfolgt und ermordet wurden. Wir trauern um alle Opfer dieses systematisch geplanten Völkermordes. Ihre Leidensgeschichte soll den nachfolgenden Generationen als Mahnung dienen."
Nun müsse sich, so Kulturstaatsministerin Christina Weiss, noch „der Zentralrat deutscher Sinti und Roma diesem Kompromiss anschließen, so dass das Mahnmal zügig fertiggestellt werden kann."

PM des Bundeskanzleramtes vom 12. Januar 2005 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

:ostritt

„Geschichte vor den Richter!" lautet der Titel einer neuen Studie über „Entschädigungsfragen im deutsch-polnischen Verhältnis". „Um welche Ansprüche geht es", fragt der Autor, „(w)as ist geregelt, was ist noch offen?"

Hintergrund sind die Klagen deutscher Umgesiedelter – vertreten durch die Preußische Treuhand und die Sudetendeutsche Initiative – auf Rückgabe ehemaligen Grundeigentums, die den Sejm im vergangenen Jahr veranlasst haben, von Deutschland Reparationen zu fordern. „Die juristische Analyse", kündigt die Studie an, „soll die Diskussion versachlichen."

Klar ist zunächst, so der Autor: Ein 1953 erklärter Reparationsverzicht der polnischen Regierung gegenüber der DDR „hat (...) die Schadensersatzansprüche des polnischen Staats und die der polnischen Staatsangehörigen zum Erlöschen gebracht." Polinnen und Polen können also gar nichts fordern. Anders sieht es mit Deutschen aus: „Einen ausdrücklichen Verzicht hat die deutsche Bundesregierung bis heute nicht erklärt. Daher lässt das Völkerrecht Individualansprüche deutscher Vertriebener grundsätzlich unberührt." Eine Detailanalyse, so der Autor, zeigt jedoch: In der Praxis haben Klagen deutscher Umgesiedelter sowohl vor polnischen als auch vor internationalen Gerichten wenig Chancen auf Erfolg.

Da muss, heißt es in der Studie, die Politik einspringen. Denn den Umgesiedelten wurde übel mitgespielt. „Heute stehen die letzten Überlebenden der Generation, welche die Verfolgungen unmittelbar erlitten hat, am Ende ihres Lebenswegs. (...) Dies erinnert an die Situation in den Holocaust-Verfahren der 1990er Jahre." Wenn auch Gerichte die Klagen beurteilen müssen – „(f)ür die Bewältigung der grundsätzlichen Fragen bleibt der gesellschaftliche Dialog gefordert". Meint der Autor und fordert „ein gemeinsames Erinnern von Deutschen und Polen an die wechselseitige Vertreibung und Flucht und deren Ursachen". „Wechselseitig": Beide Seiten sollen offenbar Täter und Opfer in gleichem Maße gewesen sein.

Der Autor der Studie? Burkhard Hess, Direktor des Instituts für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, ein angesehener Rechtswissenschaftler einer angesehenen deutschen Hochschule. Veröffentlicht wurde das Heft von einem der gewichtigsten deutschen ‚think tanks' auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik *jk* ■

Für arteigene Politik, gegen nationalen Nihilismus

Nation & Europa Januar 2005

Sein Herz für Fundamentalisten entdeckt im Januarheft von „Nation & Europa“ dessen Redakteur *Werner Baumann*. Welcher Art der Fundamentalismus dabei ist, scheint ihm weitgehend gleichgültig zu sein – es muss nur antiliberal zugehen: „Bei der Wahl der neuen Eu-Kommission hatte der italienische Politiker Rocco Buttiglione keine Chance, weil er sich in den Anhörungen zum christlichen Menschen- und Familienbild bekannte. Seine Haltung hätte er auch aus dem Koran begründen können. Denn die großen Weltreligionen sind zumindest in den Punkten, die Buttiglione im Europäischen Parlament zum Verhängnis wurden, nah beieinander. On Christ oder Mohammedaner, Jude oder Hindu: Wer die Bücher seines Glaubens beim Wort nimmt, gilt als ‚Fundamentalist‘ und wird von der herrschenden Politik ins Abseits befördert. Nicht Religionsgrenzen ordnen heute den gesellschaftlichen Raum; es sind die gleichmacherischen Vorgaben der ‚political correctness‘.“ Da das Thema des Heftes aber, auch wenn es auf dem Titelblatt anders steht, „Ausländer raus!“ lautet, darf Baumann sein Verständnis für Islam und Judentum nur äußerst sparsam dosieren und bezieht sich zwei Absätze weiter ausschließlich auf den rechten Flügel der christlichen Großkirchen: „Daß die Europäische Union durch den Beitritt von (heute) 70 Millionen türkischen Moslems ihren christlich-abendländischen Charakter endgültig verlöre, war dem Oberhaupt der deutschen Katholiken keine Erwähnung wert. Auch sein evangelischer Kollege Wolfgang Huber redet über alles Mögliche, nur nicht über die Identität des Landes. Er hat nichts gegen Islam-Unterricht in deutschen Schulen, wenn dieser nur unter stattlicher Aufsicht stünde und möglichst in deutscher Sprache abliefe. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage, ob die heutigen Spitzenfunktionäre der christlichen Kirchen überhaupt noch an den einzigen und wahren Gott ihrer Bibel glauben, einen Gott, der in seinem 1. Gebot kategorisch fordert: ‚Du sollst keine anderen Götter neben mir haben‘“.

Aber die 10 Gebote sind Baumann eigentlich ziemlich gleichgültig, es geht ihm um etwas anderes, wichtigers – um eines der Grundprinzipien der bürgerlichen Demokratie: „Besonders anfällig sind demokratisch verfaßte Staaten. Sobald sie sich unkontrollierter Einwanderung öffnen, stellen sie sich selber zur Disposition. Dazu tragen auch die Minderheitenrechte bei, die freiheitliche Systeme in ihren Verfassungen gewährleisten. Deren Tenor heißt Emanzipation, nicht Integration. eutzutage gilt in Europa die Förderung des Arteigenen als Diskriminierung des Fremden. Und das ist strikt verboten“. Mit der Vokabel des „Arteigenen“ entlarvt sich der Autor als normaler Rassist in der Tradition der Naziideologie, der die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, eine der wesentlichen Errungenschaften der französischen Revolution von 1789 logischerweise bekämpft. Und genauso logisch kommt er zu folgender Schlussfolgerung: „Noch ist Zeit die gesamte Ausländerpolitik auf den Prüfstand zu stellen, die Krankheit in ihrer Ursächlichkeit zu bekämpfen und nicht länger an den Symptomen herumzukurieren oder sich gar in Koran-Exegetik zu versuchen. er den Islam hierzulande nicht will, muß seine Einwanderung stoppen.“

Sabine Poling ist der gleichen Meinung, wird aber noch deutlicher: „Wer die Überfremdung verhindern will, muß entweder die Freiheitsgarantien des Grundgesetzes einschränken oder aber die Einwanderung konsequent stoppen und ein Repatriierungsprogramm in die Wege leiten“. Anders ausgedrückt: Ausländer raus!

Nationalismus, genauer gesagt natürlich deutscher Nationalismus, ist das Thema *Manfred Müllers*. „Wer als Deutscher für die Rechte der eigenen Nation und für die Bewahrung ihrer ethnisch-kulturellen Substanz eintritt, kann sich unter den gegebenen Verhältnissen mit den Begriffen ‚Patriotismus‘ und ‚Patriot‘ begnügen. Gleichwohl ist die Vaterlandsliebe (= Patriotismus) eine eher defensive Haltung....Was den ach so ‚gesunden‘ BRD-Patriotismus fragwürding werden läßt, ist die Tatsache, das er auf den Vorgaben der Siegergeschichtsschreibung beruht und ein wirkliches nationales Selbstwertgefühl gar nicht zuläßt. Man soll sich als Teil einer Schuldgemeinschaft begreifen. Ein negativer Nationalstolz beharrt auf der Einzigartigkeit (‚Singularität‘) deutscher Verbrechen. Wer daran zweifelt, wird aus der Gemeinschaft der BRD-Patrioten ausgeschlossen“.

Dr. Alfred Mechtersheimer, der, bevor er bei den Neofaschisten landete, vor vielen Jahren von der CSU zu den Grünen wechselte und diese einige Zeit im Bundestag vertrat, sieht ebenfalls die „arteigenen“ Interessen nicht vertreten: „Denn alle im Bundestag bisher vertretenen Parteien folgen mehr oder weniger der antinatonalen Präferenz. In permanentem Verfassungsbruch dienen sie ausländischen Interessen und zugewanderten Menschen mehr als dem eigenen Volk. Fast alle wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme werden durch diese Perversion verschärft. Begünstigt werden nur die Interessen einer kleinen politischen und publizistischen Machtelite. Kein Wunder, daß diese eine wirkliche Alternative mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Das baufällige und vom finanziellen Zusammenbruch bedrohte Gebäude BRD könnte einstürzen, wenn das morsche Fundament des nationalen Nihilismus dem Volk im Bundestag präsentiert werden würde“.

Karneval steht vor der Tür, da darf auch N&E nicht fehlen und zeigt einen Leserwunsch an: „Englischsprachiger Mann interessiert sich für Thule-Gesellschaften, Himmelsscheiben, Waffen-SS-Geschichte sowie Runen-Zeremonien. Außerdem beschäftigt er sich mit Maya-Wissenschaft in Verbindung mit Germanen und heiligen Plätzen...“. *tri* ■

2069 Euro für die Antifa-Nachrichten

So viel an Spenden sind eingetroffen. Damit ist das Spendenziel erreicht. Allen, die dazu beigetragen haben, vielen Dank!